Nr. 149. Halle (Saale), Sonnabend, den 28. Juni 1919. 30. Jahrg.

Bezugspreis: Monatl. 1,20 Mk. bei dem Post-bezug (ohne Postbestellgeld) 1,35 Mk., vierteljährl. 3,6 Mk. ohne Zustellungsgeb., Postbezug monatlich 14 Pfg., vierteljährl. 42 Pfg. Bestellgeld extra.

Erscheinungsweise: Jeden Werktag, nachmittags.

Verlag u. Buchhandlung: Halle (Saale), Harz 42-44. Geöffnet von 7½ morgens bis 5 Uhr nachmittags. Fernsprechanschluß Nr. 1047. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 1610.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Liebenwerda-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigenpreis: Die 5-gespaltene Petitzeile kostet 40 Pfg. Der Preis für die 22 mm breite Reklamezeile beträgt 1,50 Mk. Anzeigen für die nächste Ausgabe bis morgens 9 Uhr, größ. am Tage vorher erbet.

Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernsprechanschluß Nr. 1046. Sprechstunde: werktags von 12 bis 1 Uhr mittags. Geschäftliche Anfragen, Bestellungen und Mitteilungen richte man nur an den Verlag. Fernspr. Nr. 1047.

Hamburg „erobert".

Hamburg, 27. Juni. Heute morgen um 1½ Uhr ist die Reichswehrbrigade in Hamburg und Altona eingerückt, und zwar von mehreren Seiten, nicht nur von Handbeck, wie die Bevölkerung erwartete, sondern auch von Barenfeld her, um die in der Barenfelder Kettenkaserne einquartierten Freiwilligenabteilungen zu entsetzen. Von einem Widerstand der bewaffneten Proletarier ist bisher nichts zu bemerken. Bis gegen 9 Uhr waren die von Osten her eingerückten Truppen bis zur Außenalster vormarschiert. Die Truppen sind im Vormarsch auf den Bahnhof. Auf der Westseite von Groß-Hamburg erfolgte der Vormarsch von Barenfeld aus. Die Kaserne befindet sich bereits im Besitze der Reichswehrbrigade, und die Barenfelder Artillerie hat sich dem Vormarsch angeschlossen. Die Besetzung geht bisher in voller Ruhe und ungestört vor sich.

*

Kampfloser Einmarsch. Nach einer W. T. B.-Meldung war in einer Versammlung der Betriebsräte eine Entschließung angenommen, welche erklärt, daß die Hamburger organisierte Arbeiterschaft auch wie die Volkswehr nicht gegen die Reichswehrtruppen zu kämpfen gewillt sind.

*

Belagerungszustand.

Hamburg, 27. Juni. (W. T. B.) Auf Befehl des kommandierenden Generals, Generalleutnant Mengelbier, wird über das Gebiet von Groß-Hamburg und Umgebung der Belagerungszustand verhängt. Die vollziehende Gewalt geht damit auf die militärischen Befehlshaber über.

Zurückziehung der Nosketruppen.

Hamburg, 27. Juni. (W. T. B.) Nachdem die Vertreter der Arbeiterschaft bestimmte Garantien für die Erfüllung der von den Regierungstruppen gestellten Bedingungen gegeben haben, sind die Truppen versuchsweise aus dem Hamburgischen Staatsgebiet zurückgezogen worden.

Hamburg, 27. Juni. (W. T. B.) Bis zum Nachmittag sind allein in den Bezirken St. Pauli und Neustadt von der Volkswehr 900 Gewehre, 22 Maschinengewehre sowie große Mengen Munition und Handgranaten gefunden und abgenommen worden.

Eingreifen der U. S. P.-Parteileitung.

Die Parteileitung der U. S. P. D. hat an die Regierung Bauer folgendes Telegramm gesandt:

Die organisierten Arbeiter haben nach dem Beschluß der Regierung, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, den festen Willen bekundet, von einem Generalstreik Abstand zu nehmen.

Die Lebensmittelkrawalle, die in verschiedenen Städten spontan aus Hunger und aus Empörung über Lebensmittelwucher und -verfälschungen ausgebrochen sind, haben keinen Zusammenhang mit irgendeiner organisierten Arbeiterpartei.

Bestimmte Anzeichen, so: die zu Plünderungen auffordernden antisemitischen Flugblätter, die Anführung der Menge durch sehr gut gekleidete Persönlichkeiten mit Brillantringen, sprechen dafür, daß jene Akte der Empörung zum Teil von reaktionärer Seite zu Provokationszwecken ausgenutzt werden.

Nach sämtlichen, auch offiziellen Berichten aus Hamburg haben die Arbeiter aller sozialistischen Parteien, die die Leitung der Verwaltung in die Hand genommen haben, alle Ordnung hergestellt und namentlich gegen Plünderungen scharf Stellung genommen.

Der Beschluß der Regierung, Truppen gegen Hamburg zu senden, muß angesichts dieser Tatsachen auf die Arbeiterschaft als Herausforderung wirken und mit Sicherheit zu Blutvergießen führen.

Der Aufruf des Reichswehrministers Noske ist geeignet, die Arbeiter noch mehr zu erregen. Er spricht nicht von den obenerwähnten Krawallen in Berlin, sondern von „schweren Streikausschreitungen", obwohl von solchen nichts bekanntgeworden ist. Dazu kommt, daß sein Aufruf auch im übrigen mit den elementarsten Anschauungen der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung der Arbeiterschaft im Widerspruch steht.

Die Parteileitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands fordert die Regierung im Hinblick auf die große Gefahr auf, den Vormarsch der Truppen nach Hamburg einzustellen, in Verhandlungen mit den organisierten Arbeitern in Hamburg einzutreten und im Einvernehmen mit ihnen die Verhältnisse dort zu regeln.

Namens der Parteileitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei:

Crispien. Dittmann. Haase. Laukant. Moses. Remitz. Zietz.

Vor der Unterzeichnung des Friedens.

Versailles, 27. Juni. 11 Uhr 55 vorm. (W. T. B.) Die Blätter erwarten allgemein, daß die Unterzeichnung morgen stattfinden werde, da die Prüfung der Vollmachten der neuen deutschen Delegation in ganz kurzer Zeit beendigt sein wird. Man erwartet, daß die neuen Delegierten morgen früh eintreffen, so daß die Prüfung der Vollmachten um 10 Uhr beginnen kann. Die Zeremonie für die Unterzeichnung ist nach wie vor auf morgen nachmittag 3 Uhr festgesetzt. Die Blätter bringen ihr Erstaunen zum Ausdruck, daß die Delegation, die unterzeichnen soll, nur aus zwei Mitgliedern bestehe. Zahlreiche Blätter erinnern ferner daran, daß Müller im Juli 1914 den französischen Sozialisten erklärt habe, die deutschen Sozialdemokraten würden im Kriegsfalle die Kriegskredite verweigern. Pertinax meint, daß durch die Entsendung von Müller und Bell die deutsche Regierung das Bündnis der Sozialdemokraten und des Zentrums ganz besonders unterstreichen wolle.

London, 27. Juni. Reuter erfährt: Der Friedensvertrag wird vor Ablauf eines bestimmten Zeitraumes, wahrscheinlich drei bis vier Wochen, nicht in Wirksamkeit treten. Der Aufschub ist durch die Bestimmung verursacht, daß der Vertrag von den Parlamenten der einzelnen beteiligten Länder ratifiziert werden muß. Die gegenwärtigen Kriegsmaßnahmen, einschließlich der Blockade, werden daher während der Zwischenzeit zwischen der Unterzeichnung und der Ratifikation in Kraft bleiben.

Besetzung Danzigs und Oberschlesiens.

Bern, 29. Juni. (W. T. B.) Nach dem Daily Telegraph werden englische Truppen Danzig und amerikanische Oberschlesien besetzen.

Bombenwurf gegen ein Regierungsgebäude.

Berlin, 27. Juni. (W. T. B.) Auf das Gebäude des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten, Ecke Voß- und Wilhelmstraße, wo seit gestern nachmittag bis in die späte Nacht hinein Einigungs-Verhandlungen zwischen der Regierung und den Eisenbahnern stattfanden, wurde etwa gegen 2½ Uhr nachts ein Attentat verübt. Nachdem vier Gewehrschüsse abgefeuert wurden, warfen unbekannte Täter eine Bombe gegen das Gebäude, wodurch in dem Ministerium und den angrenzenden Gebäuden etwa 200 Fensterscheiben in Trümmer gingen.

Der Eisenbahnerstreik.

Die Freiheit meldet in ihrer gestrigen Abendausgabe, daß sich der Eisenbahnerstreik in Berlin immer mehr ausdehnt. Nachdem sich Neukölln, Spandau, Lichtenberg und eine Versammlung der Beamtenschaft im Potsdamer Bahnhof vollständig der Streikbewegung angeschlossen haben, ruht, mit einigen Ausnahmen, der Verkehr in Groß-Berlin. Auch für Mitteldeutschland ist der Streik beschlossen. Ueberall dreht sich die Erkenntnis Bahn, daß der Streik nicht aus politischen Gründen von einzelnen Personen und Körperschaften inszeniert worden ist, sondern spontan aus der Masse heraus, gezwungen durch die wirtschaftliche Notlage, erfolgt ist. Noskes Erlaß hat unter den Eisenbahnern ungeheure Erregung ausgelöst. Auch der Allgemeine Eisenbahnerverband ist gewillt, Schritte gegen diesen Erlaß zu unternehmen.

*

Verhandlungen.

Berlin, 27. Juni. (W. T. B.) Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Die gestrigen Verhandlungen zwischen Regierung und Eisenbahnern im Ministerium für öffentliche Arbeiten haben erst um 1½ Uhr nachts, ohne ein Ergebnis gezeitigt zu haben, ihr Ende gefunden. Es wurde beschlossen, daß heute nachmittag eine kleine Kommission im Abgeordnetenhause zusammentritt, die aus Vertretern der Regierung, der Landesversammlung und der Arbeiterorganisationen bestehen soll. Es sollen im einzelnen die Forderungen und die Möglichkeiten einer eventuellen Befriedigung durchberaten werden. Weiter wurde in den Beratungen betont, daß sich allerdings seit den letzten Verhandlungen vor sechs Wochen die Lebensmittelpreise nicht gesenkt hätten. Das habe daran gelegen, daß man nicht gewußt habe, wie die Friedensverhandlungen auslaufen würden, und ob wir nicht mit einer Blockade rechnen müßten. Inzwischen aber sei man mit der Reichsregierung in Verhandlungen getreten, und diese werde wahrscheinlich während der heutigen Beratungen schon praktische Vorschläge machen können, wie eine Senkung der Lebensmittelpreise herbeigeführt werden könne. Die Züge auf dem Görlitzer Bahnhofe, die elektrische Bahn nach Lichterfelde und auf der Wannseebahn verkehren überhaupt nicht. Ebenso ruht der Verkehr auf dem Stettiner Bahnhof. Der Betrieb auf dem Anhalter, Lehrter und Potsdamer Bahnhof ist nur noch äußerst schwach, und auf der Stadtbahn sieht man vielleicht alle Stunden einmal einen Zug.

Eine Einigung?

Berlin, 27. Juni. (W. T. B.) Bei den Verhandlungen zwischen den Eisenbahner-Organisationen und der Regierung, die heute den ganzen Tag über im Abgeordnetenhause stattfanden, wurde eine Einigung dahin erzielt, daß die Organisationen mit Rücksicht auf die von der Regierung für die nächsten drei Monate zugesicherte Senkung der Lebensmittelpreise auf den sofortigen Abbruch des Eisenbahnerstreiks hinwirken werden.

Streik-Ende in Oberschlesien?

Breslau, 27. Juni. (W. T. B.) In der heutigen Versammlung der Eisenbahnbeamten hat die Ausstandsleitung, wie die Breslauer Zeitung meldet, mitgeteilt, daß der Eisenbahnverkehr morgen, Sonnabend früh, wieder aufgenommen wird.

Eine üble Methode.

Der auf den Gipfel der Schamlosigkeit gestiegene Lebensmittelwucher hat in einer Reihe deutscher Städte die Empörung des Volkes zur Siedehitze gesteigert. In Berlin, Hamburg, Frankfurt a. O., Landsberg, ist es infolgedessen zu Ausschreitungen und Plünderungen gekommen. Am elementarsten und wuchtigsten hat sich die Volksempörung in Hamburg entladen. Die unmittelbare Ursache für den Ausbruch des Volkszorns war hier das schamlose und gemeine Treiben von verbrecherischen Lebensmittelfälschern. Sogenannte Sülzefabrikanten haben hier in ihre sogenannte „Delikatessülze" die ekelhaftesten Dinge verarbeitet, wie Teile von Eingeweiden, Kopfteile von Hunden usw. noch mit Fellresten, Ratten, kreperte Tiere, Hausabfälle und dergleichen „verarbeitet".

Die ob dieser Schamlosigkeiten berechtigte und verständliche Empörung der Volksmenge hätte sich wahrscheinlich an einer wohlverdienten Züchtigung dieser Schandbuben von Lebensmittelfälschern genügen lassen, wenn nicht die Bahrenfelder Noske-Freiwilligen in unverantwortlicher Weise ein Blutbad angerichtet hätten. Es kam hierauf zu weiteren blutigen Zusammenstößen, in deren Verlaufe die Volksmenge die Oberhand gewann. Die Hamburger organisierte Arbeiterschaft — Rechtssozialisten, Unabhängige und Kommunisten gemeinsam — griff sofort ein, gebot etwaigen weiteren Ausschreitungen und Plünderungen Einhalt und stellte die Ruhe und Ordnung bald wieder her. Sie ließ keinerlei Zweifel darüber aufkommen, daß sie den Unruhen durchaus fernsteht und sie entschieden verurteilt.

Ebenso verhält es sich mit den Plünderungen in Berlin, Frankfurt und Landsberg. Auch sie entstanden aus ähnlichen Ursachen wie die Vorgänge in Hamburg. Die klassenbewußte Arbeiterschaft war weder ihr Urheber, noch war sie an ihnen aktiv irgendwie beteiligt.

Trotz dieser feststehenden Tatsachen scheut sich die bürgerlich-kapitalistische Presse einschließlich eines Teiles der scheinsozialistischen nicht, die „Führer" der Unabhängigen und der Kommunisten mit diesen Unruhen in Verbindung zu bringen und sie aus deren „Anstifter" zu verleumden. Da wird, ohne den Schatten eines Beweises, dreist und gottesfürchtig behauptet, daß man „geheime Fäden zwischen Hamburg und Berlin" entdeckt habe und daß der Hamburger „Aufruhr" als „Beginn einer zweiten Revolution" von den „Unabhängigen" und „Kommunisten" „gleichmäßig organisiert" worden sei. Es ist die alte sattsam bekannte und üble Methode. Und der Berliner Vorwärts müßte nicht einen „Ruf" als verlogenes Blatt zu „wahren" haben, um sich nicht am eifrigsten an dieser wüsten Hetze zu beteiligen. Schreibt er doch mit der edlen Dreistigkeit, die ihn so besonders auszeichnet:

„Es kann kaum einen Zweifel geben, daß die Plünderungen und Ausschreitungen, die in Hamburg, in Berlin, in der verflossenen Nacht in Schöneberg und in einigen anderen Orten des Reichs stattgefunden haben, von gewissenlosen Drahtziehern vorbereitet wurden, und in denen die nach außen als Uebeltäter Erscheinenden häufig genug nichts als die verführten Opfer sind. — Wir wissen ja, wie die Märzunruhen in Berlin entstanden sind. Damals begann es auch mit Plünderungen und wilden Pöbelergessen, die aber organisch sich zu regelmäßigen Straßenschlachten mit politischen Zielen entwickelten und die von politischen Parteien geleitet wurden. Die Entwicklung in Hamburg verlief in den gleichen Linien, und es kann keinen Zweifel geben, daß die Dinge, die in Berlin in diesen Stunden jeder Mensch treffen fühlt, der bestimmte Erfolg planmäßiger Putschorganisation ist."

Auch der Streik der Eisenbahner in Berlin und in Schlesien ist für ihn nichts anderes als eine solche „planmäßige Putschorganisation", von den „Unabhängigen" und „Kommunisten" zu „politischen Zwecken angezettelt". Die Absicht dieser bewußten Fälschertricks ist natürlich, auch die Bewegung der Eisenbahner in der Bevölkerung zu diskreditieren. Dabei steht doch fest, daß es sich auch bei dem Kampfe der Eisenbahner lediglich um die Durchsetzung wirtschaftlicher Forderungen handelt, die schon im April Gegenstand der Beratungen waren. Weil diese aber zu keinem die Arbeiter befriedigenden Resultate geführt haben, sahen sich die Arbeiter, gereizt durch das brüske Verhalten der höheren Beamten, veranlaßt, von ihrem Streikrechte Gebrauch zu machen. Die Forderungen der im Deutschen Eisenbahnerverband organisierten ausständischen Arbeiter sind folgende: Teuerungszulage von 600 Mark für Arbeiter und vom 1. Juli ab 1 Mark Zulage pro Stunde, für Beamte mit eigem Gehalte bis zu 7000 Mark 800 Mark Teuerungszulage, Anerkennung der Betriebsräte, Festsetzung der normalen Arbeitszeit auf 48 Stunden wöchentlich.

In diesen Forderungen ist also nicht eine einzige politische enthalten. Aber wenn es nun auch anders wäre, wenn die Arbeiter, und in diesem Falle die Eisenbahner, das Mittel des Streiks zur Durchsetzung politischer Forderungen und Ziele anwenden würden, hätten sie dazu nicht etwa ein weit höheres sittliches Recht als Noske und die „sozialistische" Regierung, wenn sie die politische und wirtschaftliche Macht der Kapitalistenklasse mit Handgranaten, Maschinengewehren, Minenwerfern, Belagerungszustand, Standrecht usw. schützen und sichern?! Gerade deshalb, weil diese Regierung mit solchen Gewaltmitteln die Revolution in ihrer Weiterentwicklung aufzuhalten und schließlich ganz abzuwürgen sucht, ist ja die revolutionäre Arbeiterschaft gezwungen, die Mittel anzu-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191906 28-10/fragment/page=0001

wenden, die ihr für eine Verwirklichung des Sozialismus als die geeignetsten erscheinen. Ueber diese Frage könnte unter Sozialisten überhaupt keine Meinungsverschiedenheit mehr bestehen — wenn die Abhängigen noch mehr wären als bloße Schein-sozialisten. Freilich, wer wie sie so tief in den Sumpf des bloß bürgerlichen Reformsozialismus geraten ist, dem muß jedes Verständnis abgehen für das revolutionär-sozialistische Empfinden der wirklich klassenbewußten Arbeiterschaft und für ihr entschlossenes Drängen auch zur völligen wirtschaftlichen Befreiung. Diese Verräter am wahren Sozialismus wissen dann nichts Besseres zu tun, als die revolutionär gesinnten Arbeiter und ihren Befreiungskampf zu schmähen. Dieses löbliche Tun überließ man früher den Reaktionären. Heute sind diese Auchsozialisten schon längst derart auf den Hund gekommen, daß sie der kapitalistischen Reaktion bereitwilligst Helferdienste leisten und sie in der üblen Methode der Verleumdung und Schmähung des revolutionären Proletariats womöglich noch zu überbieten suchen!

Dieses traurige und erbärmliche Handwerk treiben sie auch jetzt bei den Hungeraufständen und bei dem Eisenbahnerstreik wieder mit allen Künsten einer gerissenen Demagogie. Glücklicherweise erreichen sie damit zu ihrem eigenen Verhängnis nur das Gegenteil von dem, was sie beabsichtigen: Denn täglich wächst die Zahl der Arbeiter, die diese elende Handlungsweise immer mehr durchschauen und erkennen und sich von diesen Arbeiterverrätern abwenden. Das gibt uns indes auch die Gewißheit, daß die Zeit nicht mehr allzu fern sein wird, wo diese edlen Moskeaner sami ihren üblen Methoden vollständig abgewirtschaftet haben werden!

Der zehnte Gewerkschaftskongreß.

Nach fünfjähriger Pause tritt am 30. Juni in Nürnberg wieder einmal ein deutscher Gewerkschaftskongreß zusammen. Der letzte dieser Kongresse, der Juni 1914 in München tagte, trug gegenüber seinen Vorgängern schon einen lebhafteren Charakter; waren doch die Gegner der Arbeiterbewegung drauf und dran, nicht nur der politischen, sondern auch der wirtschaftlichen Vertretung der klassenbewußten Arbeiter, den freien Gewerkschaften, die Luft abzuschnüren. Mit Hilfe des famosen Vereinsgesetzes betrieben die Behörden die Politischerklärung der Gewerkschaften, womit verbunden war das Verbot, jugendliche Personen unter 18 Jahren aufzunehmen, Anmeldungszwang für Versammlungen, deren polizeiliche Ueberwachung, Einreichung der Vorständelisten bei der Polizei usw. Auf der anderen Seite begünstigten die Unternehmer frank und frei die gelben Werkvereine, die als „wirtschaftsfriedliche" Gewerkschaften auf das Streikrecht verzichteten und deren Führer die ungestörte Harmonie zwischen Kapital und Arbeit als eine Möglichkeit den Arbeitern vorgaukelten und auch bei ihnen zum Teil Glauben fanden.

Infolge dieser auf die freien Gewerkschaften eindrängenden Gefahren fanden die sonst so kühl und nüchtern redenden Gewerkschaftler in München auch einmal wieder scharfe Töne. Sie sagten den Behörden und den Unternehmern den schärfsten Kampf an, wenn diese ihr Verhalten gegenüber den freien Gewerkschaften nicht ändern würden.

Kaum sechs Wochen später waren diese Regungen, die von optimistischen Arbeitern als eine Neubelebung des Klassenkampfcharakters der Gewerkschaften betrachtet wurden, wieder verschwunden. Mit dem 4. August kam der Burgfriede, kam die Kriegspolitik der Generalkommission, die von fast allen ihr angeschlossenen Gewerkschaften treu und brav unterstützt wurde. Es begann das große Umlernen, die Hoffnung auf die Neuorientierung, die Durchhaltepropaganda. Marx und Lassalle, die schon etwas in Mißkredit bei verschiedenen Gewerkschaftsführern gekommen waren, wurden nun ganz beiseitegestellt; an ihre Stelle traten Hindenburg, Ludendorff und der General Groener. Wohl und Wehe der deutschen Arbeiterschaft wurde von ihren Führern in die Hand dieser Generale gelegt.

Auf die Ausübung des Streikrechtes wurde gleich zu Beginn des Krieges verzichtet, alle im Gang befindlichen Lohnbewegungen wurden aufgehoben. Die Unternehmer und Produzenten kümmerten sich nicht so sehr um den Burgfrieden. In zahllosen Fällen wurden Lohnkürzungen vorgenommen, trotzdem für die betreffenden Unternehmer oftmals nicht die geringste wirtschaftliche Notlage eingetreten war. Auf der anderen Seite fingen die Lebensmittelpreise an zu steigen, die Wucherer begannen ihre Orgien zu feiern. Was nutzte es, wenn die Gewerkschaftsblätter in zahllosen Artikeln darauf hinwiesen, daß die Lebenslage der Arbeiterklasse von Tag zu Tag sich verschlechtere; in ebenso zahlreichen Artikeln forderten sie ja die Arbeiterschaft zum Durchhalten auf, und es war nicht nur die Metallarbeiter-Zeitung, die auf das Lied eingestellt war: „Sozialismus, wohin wir blicken!" Auf eine Neuorientierung, wenn nicht sofort, so doch nach dem Kriege, hofften sie alle. Deshalb ergaben sie sich rückhaltslos der Ideologie der Kriegstreiber und Imperialisten. Was sie gestern verbrannten, das beteten sie heute an: ein starkes Heer und eine starke Flotte, Kolonien in allen Weltteilen, Schutz der nationalen Arbeit durch Zölle, und selbst die Annektion fremder Gebiete und Volksteile wurde in das Programm der Notwendigkeiten mit einbezogen.

Ueber all' diesen Phantastereien überließ man es den Mitgliedern, sich selbst zu helfen, so gut es ging. Das taten diese, indem sie zunächst ihre Arbeitszeit ausdehnten und die Intensivität ihrer Arbeitskraft steigerten, dann auch Frau und Kinder mitarbeiten ließen. Als dann immer mehr Mangel an Arbeitskräften eintrat, nutzten die Arbeiter die Freizügigkeit aus, gaben ihre schlechtbezahlten Stellen auf und erreichten dadurch höhere Löhne, die ihnen sonst nicht bewilligt worden wären. Die Unternehmer haßten deshalb das Recht der Freizügigkeit und begrüßten es mit lebhafter Freude, als das Hilfsdienstgesetz kam, das die Freizügigkeit aufhob. Für das Hilfsdienstgesetz hat die Generalkommission aber die Verantwortung mit übernommen und einzelne ihrer Anhänger haben es sogar als im Interesse der Arbeiterschaft liegend erklärt.

Ihr Glaube an den Sieg der deutschen Waffen und ihr Vertrauen auf die bürgerliche Regierung und auf bürgerliche Kreise, die die Politik der Gewerkschaftsführer lobend herausstrichen, führte diese Führer naturgemäß mit allen jenen Elementen zusammen, denen sie vor dem Kriege mehr oder minder feindlich gegenüberstanden. So beteiligte sich die Generalkommission am 12. Dezember 1916 auch an einer Konferenz, wo in Gemeinschaft mit den schon erwähnten Gewerkschaftsrichtungen anderer Art und in Anwesenheit des Staatssekretärs Helfferich und des Generals Groener erklärt wurde, an der Durchführung des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst nach Kräften mitarbeiten zu wollen. Auch dort wurde ferner noch erklärt, „Arbeitseinstellungen in der gegenwärtigen Stunde sind zu vermeiden".

Kein Wunder, daß dann auch die großen Massenstreiks im Frühjahr 1917 und 1918 hauptsächlich durch den Verrat der freigewerkschaftlichen Führer fast ergebnislos verliefen und eine Reihe am Streik beteiligter Arbeiter ins Gefängnis oder in den Schützengraben kam.

Die Politik, die die Gewerkschaftsführer während des Krieges betrieben hatten, setzten sie in der Revolution geradlinig fort. Sie machten keinen Finger krumm für die Erhebung des Volkes, im Gegenteil, sie hinderten sie noch eher. Begeistert erbarmten sie sich des hilfesuchenden Unternehmertums, das ihnen die Bildung der Arbeitsgemeinschaften anbot. Auch heute noch wird der Versuch gemacht, die angeblichen Vorteile dieser Arbeitsgemeinschaft herausstreichen und das Bekenntnis des Unternehmertums, daß die Arbeitsgemeinschaften nur die Sozialisierung hintenanhalten sollen, zu vertuschen gesucht.

Die Arbeitsgemeinschaften passen allerdings in den Rahmen der von den Gewerkschaftsführern vor dem Kriege bereits betriebenen Politik gut hinein; es ist der Tarifgemeinschaftsgedanke, der eifrig propagiert wurde, um den innerhalb der Gewerkschaften selbst jahrelang gekämpft wurde, bis es den gewerkschaftlichen Oberhirten gelang, ihre Schäflein alle auf diesen nach ihrer Meinung einzig gangbaren Weg zur Erreichung besserer Arbeitsverhältnisse zu bringen. Diese Tarifgemeinschaften mit ihrem strengen Paragraphenkram sind jedoch das geeignetste Mittel gewesen, um jeden revolutionären Geist der unter ihrem Banne stehenden Arbeiterschaft im Keime zu ersticken.

Die Arbeitsgemeinschaften würden nur das Unternehmertum in seiner wirtschaftlichen Vormachtstellung gegenüber der Arbeiterschaft stärken. Die Sozialisierung würde durch sie zum mindesten auf Jahre hinaus verzögert werden. Darüber besteht kein Zweifel. Aus diesem Grunde haben sich auch die schwerindustriellen Unternehmer, die von einem Paktieren mit den Arbeiterorganisationen früher nichts wissen wollten, jetzt, da ihnen die Enteignung droht, dazu bereit erklärt. Doch nun ist es zu spät. Die Arbeiterschaft, soweit sie politisch geschult ist, will nicht mehr dulden, daß sie benutzt wird, um Mehrwerte für eine ausbeutende Klasse zu erzielen. Die Geschichte hat Riesenschritte gemacht und setzt sich kühn über alle reformistischen Quacksalbereien hinweg. Ein revolutionärer Wille macht sich selbst unter den bisher am meisten geknechteten Proletarierschichten bemerkbar. Das ist der Rätegedanke, der marschiert und der hinlenkt auf das große Ziel, der Ausbeutung von Menschen durch Menschen ein Ende zu machen.

Der 10. Gewerkschaftskongreß wird entscheiden, ob die Gewerkschaften bereit sind, sich in den Dienst dieses Gedankens zu stellen oder ob sie den ausgefahrenen Weg ihrer Tarifvertragspolitik weiterschreiten wollen. Neben dieser großen Frage treten alle anderen, die den Kongreß noch beschäftigen sollen, weit zurück. Daß die Opposition gegen die Gewerkschaftsbureaukratie, die sich jetzt mit allen Mitteln gegen das Eindringen „destruktiver Tendenzen" in ihre Politik wehrt, eine sehr starke sein wird, kann man ohne weiteres annehmen. Ob sie aber stark genug ist, das Schiff herumzuwerfen, damit es einen anderen Kurs steuert, ist noch sehr zweifelhaft. Die Gewerkschaftsbureaukratie hat es meisterhaft verstanden, die Mitglieder im Laufe der Zeit immer mehr zu ohnmächtigen Duldern ihrer Politik zu machen. Ueberall liegt die Entscheidung über eine Sache in den Händen der oberen Instanzen. Auch einen überragenden Einfluß auf den Gewerkschaftskongreß haben sie sich gesichert. In allen Gewerkschaften nehmen die Vorstände von vornherein einen Teil der Mandate für sich in Anspruch; außerdem haben sie ihr Möglichstes getan, um Anhängern ihrer Politik zu Mandaten zu verhelfen. Daß es deren noch eine große Zahl gibt, danken die Gewerkschaftsführer der Gewerkschafts- und rechtssozialistischen Presse, die fast durchweg ihre Politik verherrlichte. Wo diese ihnen nicht folgte, ist die Opposition in der Mehrheit. Neben dem Kürschner ist die Handlungsgehilfen-Zeitung das einzige Gewerkschaftsblatt gewesen, das fast während der ganzen Kriegszeit die Politik der Generalkommission scharf bekämpft hat. Der Erfolg zeigte sich auf dem kürzlich beendeten Verbandstag des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen, wo mit erdrückender Mehrheit die Politik der Gewerkschaftsvorstände verurteilt wurde. Andere Verbände, die bis jetzt getagt haben, atmeten zwar auch ganz erheblichen oppositionellen Geist, der aber nicht genügte, um sich ausschlaggebend durchzusetzen.

So wird auch dieser Gewerkschaftskongreß — wenn nicht alles trügt — noch einmal im Sinne der Führer entscheiden. Aber es wird ein Pyrrhussieg werden, und es wird sich zeigen, ob die Gewerkschaftsbureaukratie, gestützt auf diese „Mehrheit", ihre alten Wege weitergehen wird. Dann dürfte der Kampf in den Gewerkschaften weitergeführt werden, bis eines Tages der revolutionäre Gedanke gesiegt hat, der die Bahn freimacht zur endlichen Befreiung der Arbeiterschaft vom Joch des Kapitalismus!

Verhaftung des Berliner Vollzugsrates.

Donnerstag nachmittag gegen 5 Uhr wurde das Gebäude des Vollzugsrates. In den Zelten 29, von einer etwa 50 Mann starken Abteilung des Freiwilligenkorps Lüttwitz besetzt, die auf zwei großen Lastautos mit Maschinengewehren und Flammenwerfern anrückten. Die Abteilung, die von einem Oberleutnant und zwei Leutnants in Begleitung von Kriminalpolizei geführt wurde, nahm eine Durchsuchung der Bureaus vor und verhaftete dann auf Grund eines schriftlichen Befehls, der dahin lautete, den Vollzugsrat aufzuheben, die anwesenden Vollzugsratsmitglieder Brolat (S. P. D.), Büchel (S. P. D.), Canow (S. P. D.), Hager (S. P. D.), Malgahn (U. S. P.), Neuendorf (U. S. P.), Neumann (U. S. P.), Sommerfeld (U. S. P.), Wegmann (U. S. P.)

Die Verhafteten wurden in das Gebäude der Garde-Kavallerie-Schützen-Division eingeleitet, fast gleichzeitig mit den verhafteten Bezirksleitern des Eisenbahner-Verbandes. Als Grund für die Verhaftung der Vollzugsratsmitglieder wurde angegeben, der Berliner Vollzugsrat, der in telephonischer Verbindung mit Hamburg gestanden habe, wolle gemeinsam mit Hamburg die „zweite Revolution" über das Reich leiten.

Die mehrheitssozialistischen Vollzugsratsmitglieder wurden sofort freigelassen. Die Mitglieder der U. S. P. blieben in Haft und wurden vom Reichswehrministerium (Noske) nach Moabit übergeführt, wo sie in Schutzhaft bleiben. Die in der bürgerlichen Presse verbreiteten Nachrichten von der späteren Haftentlassung unserer Genossen ist falsch. Sie befinden sich noch in Haft.

Die Zimmer des Vorsitzenden der U. S. P., Richard Müller, im Vollzugsrat, wurden von Kriminalbeamten gewaltsam geöffnet, durchsucht und es wurden mehrere Aktenstücke beschlagnahmt. — Die mehrheitssozialistischen Mitglieder des Vollzugsrats haben gegen die Verhaftung, sowie gegen die Inhaftierung der Unabhängigen in Moabit schärfsten Protest beim Reichswehrminister eingelegt.

Man pfeift auf die Immunität.

Kurz nach der Verhaftung der Berliner Vollzugsratsmitglieder begaben sich die Abgeordneten Genossen Dr. Oskar Cohn und Stoecker zum Vollzugsrat, um sich nach der Veranlassung der Verhaftung und dem Aufenthaltsort der Verhafteten zu erkundigen. Obwohl sich die beiden Genossen dem wachthabenden Leutnant der Truppen, die das Gebäude des Vollzugsrats besetzt hatten, ausdrücklich als Abgeordnete ausweisen, erklärte er ihnen nach einer telephonischen Unterredung, daß sie nicht mehr freie seien. Er lasse ein Auto kommen, um sie in militärischer Begleitung nach der Garde-Kavallerie-Schützen-Division zu bringen. Tatsächlich gab er einigen Soldaten Befehle, die Genossen zu bewachen und ein Auto herbeizuschaffen. Die beiden Abgeordneten protestierten dagegen heftig und machten den Offizier auf sein widerrechtliches Verhalten aufmerksam. Schließlich begab sich dieser nochmals ans Telephon und erklärte nach etwa zwanzig Minuten, seine „Anordnung" sei aufgehoben und die beiden Herren seien wieder frei.

So sind die beiden Abgeordneten über zwanzig Minuten ihrer Freiheit beraubt gewesen, und nur auf ihren energischen Protest hin, hat man sie freigelassen. Dies alles ist möglich im „freiesten Land der Welt!"

Militaristische Vorbereitungen.

Zwangsweise Einberufungen. — Die Regierung schiebt ein „Mißverständnis" vor.

Wie die Freiheit feststellt, nehmen trotz aller Ablegungsversuche der Regierung die zwangsweisen Einberufungen rüstig ihren Fortgang. Jetzt verschickt sogar das Berliner Bezirkskommando Gestellungsbefehle. Es ist klar, daß derartige Maßnahmen große Beunruhigung unter der Bevölkerung hervorrufen. Denn ganz abgesehen davon, stehen sie im strengsten Gegensatz zu den Erklärungen der Regierung, die dauernd versichert, sie plane keinen neuen Krieg; daß die zwangsweisen Einberufungen ungesetzlich sind, alle derartigen Behauptungen seien erlogen und dienten lediglich den Zwecken der Verhetzung.

Mittlerweile sind aber soviel Dokumente bekanntgeworden, daß die strikten Ablegungsversuche der Regierung auch bei dem Dümmsten keinen Glauben mehr finden. Die Regierung versucht daher, die Vorbereitungen für den neuen Krieg auf ein — Mißverständnis zurückzuführen. Sie läßt zum Zweck der Beruhigung durch W. T. B. folgende Erklärung verbreiten:

Berlin, 26. Juni.

In mißverständlicher Auffassung einer Anweisung des Generalkommando des 2. A.-K., deren Zweck erhöhte Werbetätigkeit für den Grenzschutz war, haben die Zivilvorsitzenden einiger Ersatzkommissionen Aufrufe veröffentlicht, deren Inhalt geeignet ist, Beunruhigung hervorzurufen. Die in den Aufrufen angeordnete Meldung der Angehörigen des Beurlaubtenstandes der Jahrgänge 1884 bis 1898 bezweckt lediglich eine Vervollständigung der Stammrollen, um einen Ueberblick über die Zahl der zur Anwerbung verfügbaren Angehörigen des Beurlaubtenstandes zu erhalten.

Diese Erklärung trägt den Stempel der Unwahrheit auf der Stirn. Die zwangsweisen Einberufungen gehen nicht lediglich vom zweiten, sondern auch von anderen Armeekorps aus. Außerdem werden ja auch schon in Berlin Gestellungsbefehle verschickt. Die Werbung für die Freiwilligenverbände können gar nicht auf Grund der Stammrollen erfolgen. Daß die Einberufungen mit Wissen und Willen der Regierung geschehen, geht auch aus folgendem Dokument hervor, das im Bereich des 1. Armeekorps verbreitet wird:

Aufforderung zur Gestellung.

Für Herrn. . . . . .

in . . . . . .

Im Einvernehmen mit den Zivilbehörden und mit dem parlamentarischen Aktionsausschuß sind alle waffenfähigen deutschen Männer der bedrohten Ostprovinzen zu den Waffen einzuberufen.

Sie werden daher aufgefordert, Ihrer vaterländischen Pflicht zu folgen und sich sogleich bei der unten näherbezeichneten Dienststelle zu melden.

Der Kommandierende General.
gez. Albrecht.

Es wäre interessant zu erfahren, fragt die Freiheit, wer hinter diesem „parlamentarischen Aktionsausschuß" steckt. Die Regierung hat die Pflicht, darüber klipp und klar Auskunft zu geben. Wenn sie es ehrlich damit meint, keinen neuen Krieg zu wollen, dann muß sie sofort vor aller Oeffentlichkeit erklären, daß die ergangenen Gestellungsbefehle ungültig sind. Sie muß die Militär- und Zivilbehörden, die derartige ungesetzliche Aufforderungen ergehen lassen, zur Rechenschaft ziehen und durch sofortige unzweideutige Maßnahmen zu erkennen geben, daß wir nicht einem neuen Krieg, sondern dem wirklichen Frieden entgegengehen.

Heldentaten der Nosketen in Frankfurt.

Frankfurt (Oder), 27. Juni. (W. T. B.) Hier ist es gestern im Anschuß an die Unruhen vom vergangenen Tage leider zu Blutvergießen gekommen. Gegen mittag wurde der Belagerungszustand verhängt. Als die Regierungstruppen das Rathaus besetzt hatten, versammelte sich trotz der Bestimmungen des Belagerungszustandes und entgegen den wiederholten Aufforderungen des Militärs eine große Menschenmenge auf dem Marktplatze. Um den Platz zu räumen, waren die Regierungstruppen nach wiederholten Schreckschüssen gezwungen (!!), scharf zu schießen. Es gab fünf Tote und 24 Verwundete, von denen noch zwei gestorben sind. Gegen 9 Uhr übernahmen unbewaffnete organisierte Arbeiter den Schutz der inneren Stadt. Die Regierungstruppen wurden in die Kasernen zurückgezogen, seitdem herrscht Ruhe.

Die Peitsche als Straßensäuberungsmittel.

Der rechtssozialistischen Bielefelder Volkswacht entnehmen wir:

„Münster, 18. Juni. Der Belagerungszustand ist über Münster wegen vorgekommener Unruhen verhängt worden. Zur Verstärkung ist, wie der M. A. meldet, heute morgen das Korps Lichtschlag eingetroffen. In der Bürgerschaft ist es aufgefallen und wird zum Teil abfällig kritisiert, daß einige der Soldaten mit ledernen Peitschen ausgerüstet sind. Am Bahnhof soll Mittwoch vormittag ein harmloser Reisender von auswärts von einem Feldwebel mit einer solchen Peitsche gezüchtigt worden sein. Wir konnten über den Vorfall nichts erfahren, glaubten aber nicht, daß, wie es in der Zuschrift heißt, der Feldwebel ohne Ursache darauflosgeschlagen hat. Die Freiwilligen sind zum Teil groben Belästigungen und Beschimpfungen ausgesetzt. Das Wort „Blutbund" gehört zu den gebräuchlichsten Kosenamen. Die Leute haben Auftrag, auf derartige Angapfungen zuerst nicht zu hören, fallen sie aber provozierend, so sollen sie die Beleidigung mit einem Schlag der Lederpeitsche quittieren. Ebenso leistet diese als Straßensäuberungsmittel gute Dienste. In der Nacht zum Mittwoch sind verschiedene junge Leute und einige Matrosen auf diese Weise zum Verlassen der Straßen gezwungen worden. Die Verteidigung mit der Peitsche hat den Vorteil, daß sie ungefährlich ist; derartige leichte Widerstände rechtfertigen kein Eingreifen mit der Waffe. Hätte z. B. der Soldat auf dem Markt, der wegen des Anrempelns oder eines Zurufs zum Gewehr griff, eine Peitsche zur Hand gehabt, so hätte er sich ebensogut Geltung verschaffen können und das Menschenleben wäre nicht geopfert. Das möge man bei der Kritik der Lederpeitsche bedenken."

So wären wir glücklich wieder im finstersten Mittelalter angekommen, wo das Volk vogelfrei war. Der Unterschied zu heute

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191906 28-10/fragment/page=0002

...ellt nur heute, daß es damals der Adel war, der die Bestien auf dem Rücken des Volkes tanzen ließ, und heute, in der sozialdemokratischen Republik, sind es die Nosteßjünglinge. Daß sich das „sozialdemokratisches" Blatt hergibt, diesen „Fortschritt" zu verteidigen, gehört nur zur Vervollständigung des Bildes.

Die neuen Steuervorlagen.

Der Nationalversammlung sind folgende Gesetzentwürfe zugegangen:

Entwurf eines Gesetzes über eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1919,
Entwurf eines Gesetzes über eine Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs,
Entwurf eines Grundwechselsteuergesetzes,
Entwurf eines Rayonsteuergesetzes,
Entwurf eines Vergnügungssteuergesetzes,
Entwurf eines Erbschaftssteuergesetzes,
Entwurf eines Tabaksteuergesetzes,
Entwurf eines Gesetzes über Erhöhung der Zuckersteuer,
Entwurf eines Zündwarensteuergesetzes,
Entwurf eines Spielkartensteuergesetzes.

Wir werden auf diese Steuervorlagen noch zurückkommen. Vorweg sei bemerkt, daß eine weitere Erhöhung der indirekten Steuern auf Lebensbedürfnisse, wie auf Zucker und Zündwaren, für die Vertreter der Arbeiterschaft ganz unannehmbar sind. Nicht eine neue Verteuerung der Lebensmittel brauchen wir, sondern den Beginn des Abbaus der Preise und eine energische Bekämpfung des Warenwuchers!

Ein sauberes Arbeiterblatt.

Zu der Freisprechung des Genossen Ledebour schreibt das Kasseler Volksblatt, ein Herrn Scheidemann nahestehendes Organ der Rechtssozialisten:

„Ledebour hat also „Schwein gehabt". Er fand gute Geschworene, die wohl noch unter dem Eindruck der Sensationspolitik der Verteidiger standen, die ja am liebsten den Himmel noch zu Wundern aufgefordert hätten, um ihren Mandanten zu retten. Man mag den Spruch inhaltlich billigen, als politische Prozesse dieser Art nicht gerade zu den erfreulichen Erscheinungen der Zeit gehören und eifrige Staatsanwälte hierdurch etwas abgekühlt werden. Kein Freispruch aber wird Ledebour von dem Vorwurf reinwaschen können, daß er durch seine Politik des Hasses gegen die Regierung, durch seine Mitarbeit mit Eichhorn doch dazu beitrug, daß in Berlin der Bürgerkrieg zum Ausbruch kam. Diese Anklage kann juristisch vielleicht nicht erhoben werden, moralisch ist Ledebour trotzdem verurteilt."

Die bürgerlichen Geschworenen haben den Genossen Ledebour freigesprochen, ein angebliches Arbeiterblatt mißbilligt den Freispruch. Vielleicht hätte es lieber gesehen, wenn Ledebour gleich Levins ermordet worden wäre und da wundern sich die Rechtssozialisten, daß die Arbeiter von ihnen nichts mehr wissen wollen!

Ueberstunden für Butter.

In der Gewerkschaft Königin Elisabeth bei Essen werden seit einiger Zeit den Bergleuten beim Verfahren einer Ueberschicht zwei Pfund dänische Butter verabfolgt. Während auf mehreren Schächten die Bergleute einmütig dagegen protestiert haben, daß mit solchen Lockungen Ueberstundenarbeit erzielt werden soll, haben auf einem Schacht leider eine Anzahl Bergleute sich durch das Angebot verführen lassen.

Es ist unerhört, daß auf eine derartig niedrige Weise die Arbeiter geköbert werden sollen und so versucht wird, einen Keil in die Arbeiterschaft zu treiben.

Die ungarische Räterepublik.

Die Schweizer sozialdemokratische Zeitung Berner Tagwacht veröffentlichte am 23. Juni einen ihr von bürgerlicher Seite aus Budapest zugegangenen Brief allerjüngsten Datums, aus dem hervorgeht, daß die verschiedenen bürgerlichen Blätter Schauernachrichten über angeblich „furchtbare Zustände in Ungarn", und im besonderen in Budapest brachten, welche aber vollständig erlogen sind. In Wirklichkeit geht es nach dem Briefe der ungarischen Räterepublik besser als je. Durch den konzentrierten Angriff der Rumänen, Tschechen, Südslawen und einiger französischer Truppen war Sowjet-Ungarn zwar kurze Zeit in ziemliche Bedrängnis geraten; als aber dann beschlossen wurde, daß alle Fabrikarbeiter in die Rote Armee eintreten müßten — und kein Proletarier entzog sich diesem Rufe — wurden die Feinde auf allen Fronten zurückgeschlagen. Auch im Innern ist die Lage eine bemerkenswerte gute. Die soziale Bewegung hat in der Republik den Höhepunkt ihres Ideals erreicht. Täglich finden unentgeltliche Unterrichtskurse für die Proletarier statt. Die Theater, die Eigentum des Volkes geworden sind, spielen für dieses nur die besten Stücke. Die Ungleichheiten der Geburt, Erbschaft und des Kapitals sind unterdrückt. Die Möglichkeit der Ausbeutung der Arbeiter ist völlig beseitigt. Es werden keine Profite mehr aus der Arbeit anderer gemacht.

Wir sehen hieraus, wie der feste Wille der klassenbewußten Proletarier Ungarns die natürlichen Schwierigkeiten, die sich dem jungen Staatswesen entgegenstellten, zu bewältigen versteht.

Gescheiterte Gegenrevolution der Offizierskamarilla.

Budapest, 27. Juni. (W.T.B.) Wörös Ujsag meldet: Am vorigen Donnerstag brach in Kalocsa eine Gegenrevolution aus. Ehemalige Offiziere bildeten aus der Landbevölkerung der Umgebung eine Weiße Garde und entwaffneten mit deren Hilfe die dort befindliche Rote Wache. Der Arbeiterrat wurde verhaftet und der Präsident der Parteiorganisation in Kalocsa erschossen. Die waffenfähige Bevölkerung wurde gezwungen, sich der Weißen Garde anzuschließen. Am Sonnabend traf der Volksbeauftragte Szamualy in Kun-Szant-Miklos ein, um die Aktion zur Unterdrückung der Gegenrevolution zu leiten, was ihm auch nach dreitägigen Kämpfen gelang. Besonders erbittert war der Widerstand der Weißen Garde in Dunaf Vatan, wo sie über zwei Kanonen und fünf Maschinengewehre verfügte. Erst nach fünftündigem erbittertem Nahkampf gelang es, die Weiße Garde zu besiegen, die hierbei 300 Tote auf dem Kampfplatze ließ. Die Ueberlebenden flüchteten nach Kalocsa, wo die Rote Armee am Dienstag ohne Kampf einzog. Die Anführer der Weißen Garde sind über die Demarkationslinie zu den Serben geflüchtet.

Deutscher Genossenschaftstag.

K. Hamburg, 24. Juni 1919.

Zweiter Verhandlungstag.

Zu Beginn des zweiten Verhandlungstages behandelt Schriftleiter Aug. Kasch (Hamburg) in einem längeren Vortrage das Thema: Die Konsumgenossenschaftsbewegung und die Neuordnung in Deutschland. Die deutschen Genossenschaften haben sich schon gleich nach Ausbruch der Revolution zur Demokratie und zum Sozialismus bekannt. Die Genossenschaften bieten Raum für alle, alle sollen gleiches Anrecht an ihrem Nutzen haben. Die Betriebsräte müssen ein Glied der Demokratie sein, sie müssen in der Genossenschaft dem Ganzen dienen. Die Genossenschaften bildeten bisher die einzige demokratische Oase in der kapitalistischen Wüste. Der Sozialismus kann nicht andesohlen werden, er ist das Produkt einer mehr oder minder langsamen organischen Entwicklung. Für die Sozialisierung ist der Friedensvertrag das Hauptbindernis. Sozialisierung einzelner Betriebe ist eine unsozialistische Torheit. Nur Industrien können sozialisiert werden, und auch diese nur, wenn die Aktiengesellschaften vorherrschend sind. Gegen die Uebertragung der Lebensmittelherstellung direkt an die Gemeinden bestehen die schwersten Bedenken. Die Konsumgenossenschaften sind die gegebenen Organisationen für die Sozialisierung. Wir müssen den Genossenschaftsgedanken immer mehr hineintragen in die Massen. Er muß Gemeingut des Volkes werden. (Lebhafter Beifall.)

Breitmeyer-Bremen wendet sich gegen den Referenten und tritt für die Diktatur des Proletariats ein.

Schmidt-Düsseldorf: Wir sind in Gefahr, in das alte reaktionäre Fahrwasser zurückzufallen. Man versucht in Deutschland die Demokratisierung nicht, man lehnt sie ab. (Zurufe.)

Dr. Staudinger-Darmstadt: Wir sollten uns hier nicht über Parteistreitfragen, sondern über Wirtschaftsfragen unterhalten. Der Kapitalismus hat bewirkt, daß er Produzenten und Konsumenten in der ganzen Welt verband. Wirken wir für den weiteren Ausbau der Genossenschaften, dann schaffen wir den Sozialismus. (Lebh. Beifall.)

Mirus-Berlin: Wir können keine einzelnen Betriebe sozialisieren, aber es muß der Anfang mit der Sozialisierung gemacht werden.

Drescher-Barmen meint, im Referat von Kasch seien alle Gründe gegen die Sozialisierung zusammengetragen. — Lange-Berlin verbreitet sich in ähnlichem Sinne. — Scheetz-Gera: Wir müssen die Genossenschaften im revolutionären Sinne vorwärtsabringen. Kasch sagt im Schlußwort, daß er mit den Betriebsräten sehr einverstanden sei. Die Sozialisierung kann nur langsam vor sich gehen.

Eine Entschließung im Sinne des Referenten gelangt zur Annahme.

Heinr. Kaufmann berichtet über die Tätigkeit des Tarifamts und die Tarifverträge. Er betont dabei, daß die Genossenschaften die Tarife kaum aufrechterhalten könnten, denn sie müßten doch auch leistungsfähig bleiben. — Janson (Generalkommission der Gewerkschaften) bedauert, daß an einzelnen Orten die Tarife vorzeitig gelöst wurden. — Nach weiteren Ausführungen gelangt eine Entschließung zur Annahme, in der die bisherige Tarifpolitik gebilligt wird.

Nach weiteren kurzen Berichten schließt Paul Hoffmann, der Vorsitzende des Ausschusses, den Genossenschaftstag.

Es folgen noch die Generalversammlungen der Groß-Einkaufs- und der Verlags-Gesellschaft deutscher Konsumvereine.

Gewerkschaftliches.

Abrechnung mit Arbeiterverrätern!

Die rechtsstehenden Leipziger Buchdrucker hatten in einer Versammlung am 3. Juni den Austritt aus dem Leipziger Gewerkschaftskartell erklärt. Dieser Beschluß kam durch einseitige Beeinflussung der Kollegenschaft zustande. Die mit der übrigen Leipziger Arbeiterschaft marschierenden Kollegen protestierten daraufhin in einer besonderen Versammlung gegen diese Zersplitterungsarbeit der Rechtssozialisten und forderten die Einberufung einer Versammlung, die sich erneut mit dieser Angelegenheit zu befassen hatte.

Am Dienstag, den 24. Juni, fand im Volkshaus die Gaumitgliederversammlung statt, die zu dem Austritt aus dem Kartell erneut Stellung nehmen sollte. Die maßgebenden Instanzen hatten alle Minen springen lassen, um einem Siege der allgemeinen Solidarität vorzubeugen.

Aber es kam ganz anders, als die rechtssozialistischen Drahtzieher gehofft hatten. Die Versammlung war von weit über 2000 Buchdruckern besucht. Und die scharfe Linksschwenkung derjenigen Kreise, die bisher immer noch die Stützen sozialpatriotischer Politik waren, kam an diesem Abend mit elementarer Gewalt zum Ausdruck, als der Beauftragte der sächsischen Regierung, Herr Mylau, versuchte, in der Kartellangelegenheit vor seinen ehemaligen Kollegen zu sprechen. Kaum ließ sich der Gehilfe der Maercker, Hüther, Frotscher am Rednerpult sehen, als die Versammlung (einem Berichte der L. V. zufolge) in einen orkanartigen Entrüstungstumult ausbrach. Die Empörung über die Schamlosigkeit dieses Mannes, der noch die Stirn hat, sich in Arbeiterversammlungen blicken zu lassen, äußerte sich in dramatischer Weise. Bleich stand Herr Mylau diesen entfesselten Gewalten einer geschändeten Revolution gegenüber. Ratlos blickten seine Freunde auf das Chaos. Machtlos blieb die Glocke des Vorsitzenden. Stürmisch verlangte die Versammlung das Abtreten des Verräters, wie er aus der Menge genannt wurde. Maschinengewehre, Handgranaten, Noske, Ueberläufer, Verräter und harte und härteste Ausdrücke mischten sich in die Verachtungskundgebung der geschmähten Arbeiterehre. Weite Kreise, die bisher noch zu den Rechtssozialisten zählten, beteiligten sich an dieser impulsiven Kundgebung gegen das System der Militärdiktatur und brutalen Gewalt. Denn darin liegt die große Bedeutung für die politische Entwicklung in dieser Abfage, daß sie sich gegen die Person als die Verkörperung eines gegenrevolutionären Systems richtete. Hart war das Gericht, das über diesen ehemaligen Arbeitervertreter gestern gehalten wurde. Aber verdient und wahr. . . . Nach nahezu halbstündiger Verhandlungsunfähigkeit kam endlich mit überwältigender Majorität ein Geschäftsordnungsantrag zur Annahme, der dem einstigen Kollegen Mylau das Recht absprach, in dieser Versammlung zu sprechen. Gestärkt und gesäubert verließ diese Stütze der Dresdner Regierung die Bühne. Der Bruch zwischen „Oben" und „Unten" läßt sich nicht mehr verleistern. Die Massen schwenken ab und sind nicht mehr zu halten. Die letzte mehrheitssozialistische Hochburg ist gefallen. . . .

Aus den Gerichtssälen.

Mordprozeß Klüber.

5. Verhandlungstag. Die Zeugenvernehmung wurde am Freitag fortgesetzt. Die die Angeklagten Bauer, Fiedler, Kurtz und Gierbold so schwer belastende Eugin K. wünscht die Vernehmung der Frau Sch., die den Schützen angeben will, der den tödlichen Schuß abgefeuert hat. Der Zeuge befinde sich unter den Angeklagten. Der Amtsgerichtsrat P. gab einige Erklärungen ab über die frühere Vernehmung der Angeklagten Richter und Kurtz. Kurtz will beobachtet haben, daß bei den Vernehmungen, ohne vorherige Gegenüberstellung, den Zeugen der Name der Angeklagten mitgeteilt worde sei. Der Zeuge P. bestritt diese Angabe. Es folgten dann weitere Feststellungen über bereits gemachte Aussagen und Protokolle. Die Zeugen, die über Gierbold aussagten, belasteten ihn damit, daß er den Körper Klübers in das Wasser zurückgestoßen habe. Diese Aussagen decken sich zum Teil mit dem Geständnis Gierbolds. Aber ob der tote oder der lebende Körper zurückgestoßen wurde, darüber waren die Zeugenaussagen völlig widersprechend. Es war ein buntes Durcheinander von Widersprüchen, Unklarheiten, Abweichungen von früheren Angaben. Einmal soll Gierbold einen Spazierstock, dann wieder eine Rute benutzt haben. Nach dem einen Zeugen soll die betreffende Person Uniform, nach dem anderen Zivilkleidung getragen haben. Der eine will Gierbold mit einem schwarzen, steifen Hut, ein anderer mit der Sportmütze gesehen haben. Andererseits behauptete ein Zeuge, Klüber sei von einem 16- bis 17jährigen Burschen ins Wasser gewälzt worden. Der Sachverständige hielt dem entgegen, daß eine Person wohl unmöglich den schweren Körper bewältigen konnte. Die folgenden Zeugen sollen Klarheit schaffen, über den tödlichen Schuß. Die Aussagen beziehen sich auf den Angeklagten Richter, der ja bekanntlich von Fiedler beschuldigt worden ist, mit erhobenem Gewehr über die Brücke nach der Wiesenseite gegangen zu sein. Heute erklärte allerdings Fiedler, er könne es nicht mehr genau sagen. Auch hier gehen die Aussagen weit auseinander. Es könne möglich sein, man habe den Eindruck, daß er es gewesen sei; es komme eine viel größere Person in Frage. So und ähnlich klingen die Aussagen durcheinander. Einen Hauptgegenstand bildet auch der Uniformrock des mutmaßlichen Schützen. Es sei eine Fliegeruniform gewesen mit Gardeliegen, schwarze Aufschläge, Mütze mit schwarzem Rand. Auch über die Stellung, in der Klüber Klüber den tödlichen Schuß erhalten hat, konnte keine Klarheit geschaffen werden. Die Zeugen sagten unter Eid aus, daß Klüber auf der Wiese, halb im Wasser und völlig im Wasser den letzten Schuß erhalten habe. Bis zur Stunde ein ungeklärtes Bild. Die Geschworenen stehen vor einer schweren Aufgabe. Und immer neue Zeugen werden von dem Staatsanwalt, der Verteidigung und den Zeugen geladen. Ein Zeuge, der sich bisher aus Angst nicht gemeldet hat, will den wirklichen Täter bezeichnen. Die Verhandlungen können unmöglich am Sonnabend zu Ende geführt werden. Das Urteil ist nicht vor Montag oder Dienstag zu erwarten. Auf einen Uebelstand ist noch hinzuweisen. Das Durchführen Inhaftierter durch den Verhandlungssaal wirkt nicht nur störend, sondern direkt unangenehm.

Aus dem Saalkreis.

An die sozialistischen Gemeindevertreter des Saalkreises.

Die preußische Landesversammlung hat am 6. Juni ein Gesetz beschlossen, wonach die Gemeinden durch Beschluß die Gemeinde-Einkommenbesteuerung für das Rechnungsjahr 1919 so regeln können, daß die Einkommen von 900 Mk. bis 8900 Mk. mit 100% bis zu 10% abfallend von der Steuerzahlung entlastet werden können. Der dadurch für diese Einkommen an Steuerausfall entstehende Betrag soll den Einkommen von 6500 Mk. aufwärts mehr auferlegt werden, um so den Ausfall zu decken. Da dieses Gesetz bis zur anderweitigen Regelung nur für dieses Steuerjahr gilt, so ist es dringend erforderlich, daß alle sozialistischen Gemeindevertreter in den Gemeinden, wo sie die Mehrheit haben, unbedingt dafür eintreten, daß den wirtschaftlich schwächsten Steuerzahlern dieser Vorteil für das laufende Steuerjahr noch zugute kommt. Alle diejenigen Genossen, welche über die praktische Durchführung dieses Gesetzes innerhalb ihrer Gemeinden im Zweifel sind, wollen sich mit Rat und Tat durch den Arbeiter- und Bauernrat des Saalkreises in Halle (Landratsamt) oder durch den Genossen Driebusch in Halle, Gewerkschaftshaus Zimmer Nr. 22, unterstützen lassen.

Bergrevierrat Hallisches Revier.

Sonntag, den 29. Juni, vormittags 9 Uhr, im Volkspark zu Halle Besprechung der Revierratsmitglieder. Jedes Mitglied des Hallischen Reviertates hat zu erscheinen.

Der Vorsitzende. H. Heinitz.

Ammendorf. Die Sitzung des Großen Arbeiterrats findet am Montag, den 30. Juni, nachmittags 5 Uhr, im Sitzungssaale Amt Ammendorf, statt. Die nächste Sitzung des Vollzugsausschusses findet am Montag nachmittag 3 Uhr statt.

Verantwortlich für Politik und Parteinachrichten: Karl Bock; für Halle und Saalkreis und für Aus der Provinz: Gottlieb Kasparek; für Bezirksteil Hermann Schade; Verlag Volksblatt G. m. b. H.; Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei, G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Sprechstunde der Redaktion von 12 bis 1 Uhr.

Zahnpraxis Zimmermann,
Halle, jetzt Riebeckplatz (Eingang Landwehrstrasse), befaßt sich mit **Plomben und künstlichem Zahnersatz aller Art, auch Goldtechnik, in bester Friedensqualität, sowie Zahnziehen mit Lokalbetäubung.** Vorherige Anmeldung ist nicht erforderlich, aber empfehlenswert. **Tel. 4830.** 2159

Am Montag den 30. Juni werden wegen Inventur- Aufnahme unsere Verkaufsräume und Büros erst um 10 Uhr geöffnet.

Geschäftshaus J. Lewin Marktplatz 2 und 3. 2156

Die Besichtigung unserer Schaufenster ist sehr lohnend.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191906 28-10/fragment/page=0003

Walhalla-Operetten-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Dir. Fritz Steidtke
5 Abschiedstage!
Der Flug um die Welt.
Musik von Vikt. Roßleder.
Sonntag 3½ und 8 Uhr
2 Vorstellungen.
Nachm. Erw. 0.70—3.00 Mk.
Kinder 0.35—1.50 Mk.

Ab Dienstag, 1. Juli:
Operetten-Gastspiel.
Dir. Felix Meinhardt.
Der grosse neue Operettenschlager:
Ihre Hoheit — die Tänzerin.
Operette in 3 Akt. v. W. Göttz
Oberregisseur: H. Feiner a. G.
Musikleiter: H. Oswald.
Ballettmeister: Ph. Döhler
Prachtausstattung an Lustbarkeiten und Dekorationen nach Entwürfen d. Kunstmalers Otto Fischer. 2156
— Vorverkauf eröffnet. —
Kasse Sonntag ab 10 Uhr.

Stadttheater.
Sonntag, den 29. Juni 1919,
nachmittags 3½ Uhr:
Volks-Vorstellung, bei kleinen Preisen
Ueber unsere Kraft.
I. Teil. 2129
Schauspiel von Wildenbruch.
Abends 7 Uhr, Ende 11 Uhr
Die Walküre
von Richard Wagner.
Montag, den 30. Juni 1919,
Anfang 7½, Ende 10½ Uhr:
Der Zigeunerbaron.
Operette von Joh. Strauß.

Thalia-Theater
Gastspiel des Stadttheater-Personals
Sonntag, den 29. Juni 1919,
abends 7½ Uhr: 2116
Die verlorene Tochter.
Lustspiel von Ludwig Fulda.

Herrenhemd mit Frühst.
prima Gummiverstärkung, desgleichen neues Herrenrad mit Gummiverstärkung preiswert zu verk. Gr. Gerberstr. 12 pt., Eing. Apothekenweg. 2135

Grube greten, zu verkaufen Blattwurstkäse. 13 pt.

Volkspark
Burgstrasse 27.
Morgen, Sonntag: 2102
Gr. Garten-Konzert.
Die Geschäftsleitung.

Bratwurst glöckle-Varieté.
Urkom. Varieté-Spielplan 2118
mit der Burleske: **Das Mädchen aus der Fremde.**
Gipfel der Komik. Tränen werden gelacht.
Sonntag, 11½—½2: **Frühschoppen.** Täglich Anfang nachm. 3 Uhr.

Oberpollinger
Täglich: Künstler-Konzerte.
Sonntag von 3 Uhr an: 2100
Grosser Betrieb.
Kaffee, Kuchen, Malbowle, Freyberg- u. Bayrisch-Bier.

Peissnitz. Morgen Sonntag von 7—9 Uhr: Früh-Konzert v. ½4—½7 Uhr: Nachm.- und von ½6—11 Uhr: Abend-**Konzert!** ausgeführt vom Seifert-Orchester.
Im Saale ab 8 Uhr: Ball-Musik. 1449

Gasthaus zum Posthorn, am Flugplatz.
Sonntag, 29. Juni, von nachm. 3 Uhr an:
Erdbeeren u. Kirschen.
2151 A. Nordmann.

Heidepark-Prachtsaal.
Sonntag, 29. Juni, von nachm. 3 Uhr an:
:: Grosser Ball. ::
2115 Es ladet freundlichst ein Der Vorstand.
Saal noch frei. Tel. 2750

Gasthof zum Mohr
Sonntag, den 29. Juni, von 4 Uhr nachm. an:
Großes Tanzkränzchen
des Unterhaltungs-Vereins Fidele Kunst. 2012
Hierzu ladet freundlichst ein Der Vorstand.

Kaffeegarten :: Trotha.
Sonntag, den 29. Juni 1919:
Tanzkränzchen
des Geselligkeits-Verein „Agatha". 2138
Anfang 3 Uhr.
Es ladet ergebenst ein Der Vorstand.

Neu! Eröffnung. Neu!
Dem geehrten Publikum, Verwandten, Gönnern, Freunden und Bekannten zur Kenntnis, daß ich das Restaurant
„Akademische Bierstuben"
übernommen habe. 2101
Meine Bestreben wird sein, für gute Speisen und Getränke zu sorgen.
Montag, den 30. Juni, von abends 7 Uhr ab:
Eröffnungs-Feier.
Für Unterhaltung ist bestens gesorgt. — H. Biere. —
Hierzu laden freundlichst ein
Rich. Grabenkau nebst Frau, Friedrichstrasse 5.

Ansichts-Postkarten
empfiehlt Die Volks-Buchhandlung.

Nur Sonnabend und Sonntag.
Burg-Theater
2126 Große Gosenstraße 12.
6 Uhr. **Muttersöhnchen.** 6 Uhr.
Modelle, Bilder- und Artistenkostüme.
6 Uhr. **Hella-Mosa** 6 Uhr.
in ihrem besten Lustspiel.
Nachmittags als Einlage: Wildwestschlitten.

Apollo-Theater.
Täglich ab 6 Uhr.
Die Kinokönigin.
Operette v. J. Gilbert.
Bella: Emmy Sturm a. G.
Vorverkauf 5—1 u. 5—½7.

Parteischriften empfiehlt Volksbuchhandl.

U.T

Leipzigerstraße Nr. 68
Fernruf Nr. 1296
Erstaufführung!
Die Zigeuner-Prinzessin.
Dramatisch. Schauspiel aus den Hofkreisen u. Zigeunerlagern in 5 Abteilungen.
Vorführung: 4.50 7.00 8.30 Uhr.
Meine Frau, die Filmschauspielerin.
Humorvolles Lustspiel in 3 Akten.
Hauptrollen: 2125
Ossi Oswalda.
Viktor Janson.
Vorführung: 4.00 6.10 8.20 Uhr.
Beginn 4 Uhr.
Sonn- und Wochentags: Anfang 4 Uhr.

Alte Promenade Nr. 11a
Fernruf Nr. 6000
Der dramatische Film
Rebellenliebe
Schauspiel in 5 Akten.
Die Handlung spielt um das Jahr 1848.
Hauptrollen:
Harry Liedtke.
Bruno Decarli.
Vorführung: 4.50 7.00 8.30 Uhr.
Fräulein Baronin,
Köstliches Lustspiel in 3 Akten.
Hauptrolle:
Hilde Wörner.
Vorführung: 4.00 6.10 8.20 Uhr.
Beginn 4 Uhr.
Die Abend-Vorstellungen beginnen 6.15 Uhr.

Monopol-Lichtspiele, Geiststr. 5.
Neue Direktion.
Vom 27. Juni bis 30. Juni 1919:
„Und die Liebe siegt".
Egedde Nissen in der Hauptrolle. Ein packendes, ergreifendes Lebensbild in vier Akten.
„Hedda im Bade".
Mit der beliebten Künstlerin Hedda Vernon. Ein wundervolles Lustspiel in drei Akten.
Niemand versäume es, sich diese grossen Filmwerke anzusehen. 2148

Sonntags, nachm. von 2 Uhr an
finden bei gutem Wetter regelmäßige
Personenfahrten
*1461 nach der Rabeninsel statt.
Einsteigestelle an der Genzmer-Brücke.

Deutscher Landarbeiterverband
Zahlstelle Petzen.
Sonntag, den 29. Juni, im Gasthof Grüne Tanne, Löbejün
Stiftungsfest.
Kollegen und Kolleginnen, sowie Freunde sind herzlich eingeladen. Koll. Memes-Diendorf hält auch seinen versprochenen Vortrag. *1456 Der Vorstand.

Bad Wittekind.
Sonntag, den 29. Juni 1919
früh ½7—½9 Uhr,
Früh-Konzert
nachmittags 3½ Uhr:
Kur-Konzert
von der *146
Kapelle des Füsilier-Regts. Nr. 36
Leitung:
Kapellmeister O. Haupt.
Eintrittspreise:
Zum Früh-Konzert:
Für Erwachsene 40 Pfg.
„ Kinder . . 30 „
Zum Nachmittags-Konzert:
für Erwachsene 60 Pf.
„ Kinder 40 „
Dauerkarten hab. Gültigk.
Mittwoch, den 2. Juli 1919
Brunnenfest.

Zoo.
Sonntag, den 29. Juni 1919,
nachmittags 3½ Uhr:
KONZERT
*1462 vom
Seifert-Orchester.
Leitung:
Musikdirektor R. Seifert.
(Bayrisch. Militär-Musikmeister a. D.)
Abends 7½ Uhr
Militär-Konzert
von der
Kapelle d. Füs.-Regts. Nr. 36
Leitung: Kapellmeister
Otto Haupt.
Eintrittspreise:
für Erwachsene 1.00 Mk.
für Kinder 0.50 Mk.

Hippodrom Schloss Freiimfelde.
Am Schlachthof. 2117
Sonntag, den 29. Juni:

Grosses Reit-Sportfest.
Bedeutend verlängerte Reitbahn. Anfang 3 Uhr.
In der Kolonnade von nachm. 4 Uhr an:
Tanzkränzchen
des Skat-Klubs „Einigkeit".
Behnschaffee A. H. Biere A. Selbstgeb. Kuchen.

Deutscher Gesang-Verein
Sonntag, den 29. Juni, im Goldenen Hirsch:
Kränzchen.
Anfang 8 Uhr. 2134 Der Vorstand.

Döllnitz. Gasthaus Palmbaum.
Sonntag, den 29. Juni, nachmittags 3 Uhr:
Kränzchen
*1451 des Vereins Frohsinn.
Es ladet freundlichst ein Der Vorstand.

Fahrplanänderung.
Vom Dienstag, den 1. Juli bis 31. ab erhält Zug D 99 München-Berlin (an 8.29 Nachm.) einen Aufenthalt in Bitterfeld (6.04—6.05). *1450
Halle (Saale), im Juni 1919. Eisenbahndirektion.

Dauerwäsche
Marke Waschbär ist die Beste.
Kragen in vielen Formen, Manschetten u. Vorhemden
:: am Lager ::
Dauerwäsche-Vertrieb
2128 Kl. Berlin 2, Eine Treppe rechts

Händler, Hausierer
kaufen preiswert die bekannten Schuhcreme-Marken „Wirtin" und „Vita", Lederfett, Bodwachs, Nähmaschinenöl und andere Putzmittel, sowie haltbare Hausgarn-Schuhrisenteil bei
W. Losse, Halle (S.), Dessauerstr. 5,
Putzmittel engros. — Fernsprecher 4668. 1841
Vertreter gesucht.

Zigaretten
nur echte Ware, gibt millenweise ab. Empfehle auch
echten Nordhäuser Kautabak.
*1448 **Willy Beyer, Helbra.**

Radfahrer! Motorradfahrer!
Fort mit aller Ersatzbereifung!
Wenn Sie noch einen alten, unbrauchbaren Mantel haben, wird ein Gleitschutzreifen übergezogen und Sie haben einen *1447
dauerhaften neuen Mantel.
Platzvertreter für Halle:
Liebermann, Kl. Berlin 2, Tel. 3240
Weitere Platzvertretungen vergibt:
Paul Koeppen, Brehna.
Tel.-Amt Roitzsch 362.

Zement abzugeben.
Offerten unter V. R. 369 an die Exp. dies. Bl. 2122

*1460 **Konditorei und Kaffee**
Hermann Dietze,
Am Kirchtor Ecke Mühlweg
bleibt jeden Montag geschlossen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190628-10/fragment/page=0004

Preußische Landesversammlung.

85. Sitzung vom 26. Juni 1919. 12 Uhr.

Die Besprechung der förmlichen Anfrage des Abg. Adolf Hoffmann, betreffend die

Unterzeichnung des Friedensvertrages

wird fortgesetzt. Zu dem dazu vorliegenden Antrage der Mehrheitsparteien, betreffend

Vertrauensvotum für die Regierung,

beantragen die Unabhängigen Streichung des Satzes, worin der Regierung das Vertrauen ausgesprochen wird. Ferner beantragt dieselbe Partei die Einfügung eines Satzes: trotzdem war in der entscheidenden Stunde ein Eintreten der preußischen Regierung für die Unterzeichnung des Friedensvertrages geboten". Die Rechtsparteien beantragen Einschiebung folgenden Satzes: „Das Eintreten der preußischen Staatsregierung für die Ablehnung des Friedens war daher geboten."

Abg. Bartels (Soz.): In der schärfsten Verurteilung dieses uns aufgezwungenen Gewaltfriedens unterscheidet sich meine Partei nicht von den anderen Parteien des Hauses, und diese Haltung steht durchaus im Einklang mit ihrer Haltung vor dem Kriege und während des Krieges. Wir sind stets für einen Verständigungsfrieden eingetreten. Deswegen haben uns die Alldeutschen und die Vaterlandspartei mit ihrer Wut verfolgt und die Deutsche Tageszeitung hat verlangt, daß Scheidemann auf den Sandhaufen gestellt werde. Ohne das Treiben der Alldeutschen und der Vaterlandspartei hätten wir den Verständigungsfrieden bekommen. Gerade jene Parteien haben durch ihre frivole Annexionspolitik das Vaterland in diese traurige Lage gebracht. (Stürm. Widerspruch rechts.) Ueber die Notwendigkeit der Unterzeichnung waren auch in meiner Fraktion Meinungsverschiedenheiten, die Mehrheit aber hat angesichts der sonst unvermeidlichen Katastrophe die Unterzeichnung als das kleinere Uebel angesehen. Die Verantwortung für diese Unterzeichnung lehnen wir ab und übertragen sie auf die, die an dem Zusammenbruch schuld sind. (Stürm. Unterbrechungen rechts und bei den Unabhängigen.) Der nach außen beendete Krieg darf nicht im Innern durch eine Putschpolitik fortgesetzt werden. Derartige Absichten bestehen von rechts wie von links. Die Herrschaft einer Minderheit, gleichviel, ob von der Rechten oder von der äußersten Linken, könnte uns nur in ein Chaos stürzen. Deshalb billigen wir durchaus, wenn

der Gewalt Gewalt entgegengestellt

wird. Wir wollen die Weiterentwicklung fördern, aber nur auf dem Boden der Demokratie, und so lehnen wir auch die Räterepublik ab.

Präsident Leinert stellt fest, daß sich im Sitzungssaal Personen befinden, die nicht Abgeordnete sind. (Lebh. Hört, hört!) Er erklärt das für durchaus unzulässig.

Abg. Vorlle (Welfe): Ich erkläre namens der Deutsch-Hannoverschen Partei: Die Deutsch-Hannoversche Partei hat keine Unterhändler im Auslande. Sie verhandelt mit keiner ausländischen Macht, und hat mit keiner verhandelt. Sie erwartet die Selbständigkeit Hannovers nicht von ausländischer Hilfe, wie sie auch eine ausländische Beeinflussung Hannovers in der Zukunft ablehnt. Wir Deutsch-Hannoveraner wollen, daß Hannover durch eine freie Tat des deutschen Volkes seine Selbständigkeit wieder erhält.

Ein Schlußantrag wird angenommen. (Zurufe rechts: Das ist die demokratische Freiheit! — Lachen links.)

Der erste Teil des Antrags der Mehrheitsparteien, wonach die Landesversammlung mit dem ganzen Volke einig ist in der schärfsten Verurteilung des aufgezwungenen Friedens, der unser Volk in der schlimmsten Weise vergewaltigt, gelangt ohne Widerspruch zur Annahme.

In namentlicher Abstimmung wird der Antrag der Rechtsparteien mit 231 gegen 58 Stimmen bei 8 Enthaltungen abgelehnt.

Der Antrag der Unabhängigen, wonach das Eintreten der preußischen Regierung für die Unterzeichnung geboten gewesen wäre, wird in namentlicher Abstimmung mit 269 gegen 20 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt.

Der zweite Satz des Antrags der Mehrheitsparteien, wonach es heißt, daß die preußische Staatsregierung diesen Standpunkt gleichfalls zum Ausdruck gebracht hat, wurde gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen. Der Schlußsatz (Vertrauensvotum für die Staatsregierung) wurde von den Mehrheitsparteien gegen die Stimmen der beiden Rechtsparteien und der Unabhängigen angenommen. Somit ist der Antrag der Mehrheitsparteien unverändert angenommen. (Lebh. Beifall bei der Mehrheit.)

Nunmehr folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfes betreffend die Sicherung der

Bewirtschaftung von Fischgewässern.

Der Entwurf bezweckt planmäßige Ausnützung der Fischbestände in Binnengewässern im Interesse der Volksernährung. Bei Versäumnis der Nutzungsberechtigten kann der Oberfischmeister private Fischgewässer einziehen.

Abg. Weißermel (Deutschnatl.) ist mit der Fassung des Gesetzes nicht einverstanden und beantragt Ueberweisung an den Landwirtschaftsausschuß.

Abg. Oellerich (Soz.) bedauert, daß der Friedensvertrag uns den größten Teil unserer Hochseefischdampfer entzieht. Das Gesetz sei im Interesse der Volksernährung zu begrüßen, aber an seiner Durchführung dürfe nicht eine Behörde, wie z. B. die Landwirtschaftskammer in Hannover beteiligt werden, die bei der Bevölkerung nicht das mindeste Vertrauen genieße, weil sie seinerzeit den „Hindenburg-Speck" zu einem vier- bis fünftach erhöhten Preise an die Industriebevölkerung weitergab, obwohl sie ihn teilweise umsonst erhielt.

Abg. Dinslage (Ztr.) erklärt sich namens seiner Partei mit der Vorlage einverstanden, es wäre aber besser, die Entscheidung dem Bezirksausschuß an Stelle des Oberfischmeisters zu übertragen.

Abg. Wenke (Dem.): Wir stehen dem Gesetzentwurf durchaus sympathisch gegenüber, haben aber Bedenken dagegen, daß der Bauern- und Landarbeiterrat gehört werden soll. Vorläufig haben wir die Räterepublik noch nicht. (Rufe bei den Soz.: Sie wird vorbereitet!) Wir wünschen die Schaffung einer hauptamtlichen Stelle im Landwirtschaftsministerium für das Fischereiwesen, ferner die Vermehrung der Zahl der Oberfischmeister und die Einrichtung von Wanderlehrkursen für Fischer.

Abg. Dr. Leidig (Dtsch. Vp.) äußert gleichfalls Bedenken dagegen, daß der Bauern- und Landarbeiterrat hier zum ersten Male in der Gesetzgebung verankert werden solle.

Landwirtschaftsminister Braun: In die Privatrechte soll nur im Interesse der Volksernährung eingegriffen werden. Nach Verankerung der Arbeiterräte in der Verfassung habe ich kein Bedenken getragen, sie auch bei der Ausführung dieses Gesetzes als Sachkundige zu hören. Aufsichtsinstanz sollen sie nicht sein. In meinem Ministerium ist bereits eine Stelle zur Bearbeitung des Fischereiwesens eingerichtet.

Nachdem Abg. Mehrhof (U. Soz.) der Hoffnung Ausdruck gegeben hat, daß sich die Regierung auch auf anderen Gebieten der Ernährung zu solchen einschneidenden Maßnahmen aufschwingen werde, ging der Gesetzentwurf an den landwirtschaftlichen Ausschuß.

Zur ersten Beratung des Gesetzentwurfes, der das Bürger- und Gemeinderecht auch den Frauen in den Stadt- und Landgemeinden zuspricht und die Regierung ermächtigt, die Verordnungen über die anderweite Regelung des Gemeindewahlrechts auch da einzuführen, wo sie bis auf weiteres nicht zur Geltung gelangt sind, sprechen sich die Abgg. Frau Arendsee (U. S.) und Frau Gotthein (Soz.) für die Vorlage aus. Beide bemerken, daß die Frauen auf dem Gebiete der staatsbürgerlichen Rechte von den bürgerlichen Parteien nichts zu erwarten hätten.

Nachdem Abg. Frau Dr. Heine (Dem.) den Entwurf begrüßt und Verweisung an den Gemeindeausschuß beantragt hat, richtet Abg. Frau Garnich (D. Vp.) an die sozialistischen Fraktionen die Frage, warum auf der Reichskonferenz der Arbeiterräte nur eine einzige Frau vertreten gewesen sei. (Heiterkeit.) Die Aufstellung neuer Wählerlisten verdienen den Vorzug. (Beifall. Zurufe rechts: Besser als gestern der Vater! — Große Heiterkeit.)

Abg. Frau Hesberger (Ztr.) tritt ebenfalls für Ausschußberatung ein.

Ein Vertreter des Ministers des Innern teilt mit, daß in den allernächsten Tagen dem Hause ein Gesetzentwurf über die Neuwahl der unbesoldeten Magistratsmitglieder und Gemeindevorstände zugehen werde.

Nachdem Abg. Riedel-Pritzwalk (D.-Nat.) für Ausschußberatung des Entwurfs eingetreten ist, dem er im Prinzip zustimmte, ging die Vorlage an den Gemeindeausschuß.

Eine weitere Vorlage fordert 150 Mill. Mark zu weiteren Beihilfen für Kriegswohlfahrtsausgaben der Gemeinden.

Diese Vorlage wird in erster Beratung angenommen, nachdem ein Regierungsvertreter gegenüber den aus dem Hause laut gewordenen Wünschen erklärt hatte, daß die Finanzlage des Preußischen Staates keine höheren Zuschüsse gestatte.

Der Gesetzentwurf über die Neuwahl der Provinziallandtage, wonach die jetzigen Provinziallandtage aufgelöst werden und die Neuwahl bis zum 1. August erfolgen soll, wurde nach kurzer Debatte, in deren Verlauf auch die Notwendigkeit der Auflösung des Zweckverbandes Groß-Berlin betont wurde, dem Gemeindeausschuß überwiesen.

Hierauf vertagte sich das Haus.

Nächste Sitzung: Freitag 12 Uhr. (Kleine Anfragen, Etat der Justizverwaltung.) Schluß 6 Uhr.

86. Sitzung vom Freitag, den 27. Juni.

Präsident Leinert eröffnet die Sitzung um 2.20 Uhr.

Auf eine kleine Anfrage erklärt Unterrichtsminister Haenisch, daß er die Volkshochschulen nach Maßgabe der vorhandenen Möglichkeiten zu fördern suchen werde.

Ein Antrag Dr. Heß (Zentr.) und Gen., der bereits den Haushaltungsausschuß beschäftigt hat, ersucht die Regierung, bei der Reichsleitung dahin zu wirken, daß die Gemeinden und Einwohner der besetzten Gebiete für ihre Unkosten voll Entschädigungen oder Vorschüsse erhalten.

Der Antrag wird nach kurzer Debatte einstimmig angenommen. Ebenso ein Antrag Heß auf wirtschaftliche Entlastung des besetzten westlichen Gebietes.

In der

zweiten Beratung des Justizetats

werden die Einnahmen bewilligt. In der allgemeinen Aussprache bringt

Ahlel (Zentr.) die alte Verfügung in Erinnerung, das Schwergewicht des Strafprozesses in die Hauptverhandlung zu legen. Die Kosten des ganzen Strafverfahrens wurden durch Beachtung dieses in Vergessenheit geratenen Grundsatzes ganz wesentlich vermindert werden.

Minister Am Zehnhoff erkennt auch als eine Hauptaufgabe der Verwaltung an, in den Anstellungsverhältnissen der Assessoren Wandel zu schaffen.

Abg. Heilmann (Soz.): Der Ausschuß hat eine Reihe von Anträgen gestellt, z. B. zur Verbesserung der Gefangenenernährung zur Ausgestaltung der Gefängnisbücherei, die hoffentlich einmütig Annahme finden werden. Notwendig ist ein grundsätzliches Aufräumen mit dem veralteten Disziplinarrecht. Großes Mißtrauen besteht in der Bevölkerung gegen die ganze Strafrechtspflege. In unruhigen Zeiten erzeugt immer der erste Steuern auf die Gerichtsgebäude.

Justizminister Am Zehnhoff: Wir erkennen die Reformbedürftigkeit des Disziplinarrechts an und werden ihr Rechnung tragen.

Abg. Dr. Schreiber-Halle (Dem.): Die Revolution hat die Organisationen der Rechtspflege zum Teil in eine traurige Lage gebracht. Das Verantwortlichkeitsgefühl der Beamten wurde in Frage gestellt. Die Wünsche der Anwaltsassessoren für die Notariatsbestätigung müssen in erster Linie berücksichtigt werden.

Abg. Dr. Rosenfeld (Unabh.): Es fällt mir schwer, über die Rechtspflege zu sprechen in einer Zeit, in der mit brutalster Gewalt die Volksbewegung unterdrückt wird, in der ungesetzliche Verhaftungen in Menge vorkommen, in der der Reichswehrminister das Streikrecht nimmt. Auf den

Proskriptionslisten

der später noch zu Verhaftenden stehn auch Adolf Hoffmann, ich und andere Unabhängige. Lebebour wurde grundlos und ungesetzlich verhaftet. (Zuruf rechts: Aber leider freigesprochen. Lärm bei den Unabhängigen!) Der Redner bespricht ausführlich den Prozeß und bemerkt dazu u. a.: Es ist merkwürdig, wenn ein Mann, dem so viele Unmöglichkeiten nachgewiesen sind wie dem Minister Heine, noch im Amt gelassen wird. (Stürmische Heiterkeit. Ordnungsruf des Präsidenten.) In der Justizpflege sind durchgreifende Reformen nötig. Die außerordentlichen Kriegsgerichte müssen beseitigt werden. Die Ordnungsstrafen gegen die Verteidiger sollten aus der Strafprozeßordnung ganz verschwinden.

Justizminister Am Zehnhoff: Die Gerechtigkeitsliebe und Ehrenhaftigkeit des Ministers Heine ist über jeden Zweifel erhaben.

Die Beratung wird abgebrochen.

Finanzminister Dr. Südekum: Ich habe an den

Verhandlungen mit den Eisenbahnarbeiterorganisationen,

die einmütig das Planlose und Undisziplinierte der streikenden Beamten verurteilen und die zur Wiederaufnahme der Arbeit aufgefordert haben, teilgenommen. (Beifall.) Sie werden darüber auch eine Erklärung in der Presse lesen. Das Schicksal des Vaterlandes ist in hohem Maße abhängig von der Erhaltung des Verkehrs und kann nicht mehr oder minder erregten Versammlungen anvertraut werden. (Lebh. Zustimmung.) Wir sind bereit, Mittel aufzuwenden, die in den nächsten drei Monaten 500 Millionen Mark für den Staat betragen und zur allgemeinen Lebensmittelverbilligung führen werden. Unsere Lage ist sehr schlimm, aber wir brauchen nicht zu verzweifeln, wenn unser Volk zur Ruhe kommt. (Lebh. Beifall.)

Eisenbahnminister Oeser: Die neuen Forderungen der Eisenbahnbeamten hätten 370 bis 410 Millionen Mark Ausgaben zur Folge. Mit höheren Löhnen können wir nicht helfen. Wir sind aber zu einem Einvernehmen mit der Reichsregierung gelangt durch Aufwendung von 1½ Milliarden Mark in den nächsten Wochen für die

Lebensmittelverbilligung.

Das Reich, der Staat und die Gemeinden werden je ein Drittel dieser Lasten tragen. Dadurch wird schon in der Woche vom 16. zum 23. Juli der Preis herabgesetzt, z. B. für Auslandsfleisch auf 5 Mk., für Speck auf 4 Mk., für Zugabemehl auf 50 Pf., für Kartoffeln auf 12 bzw. 14 Pf. Das

Rätesystem für die Eisenbahner lehnen wir ab.

Wir werden aber gemäß dem Reichsgesetz Betriebsräte einführen. (Lebhafter Beifall.)

Ein Rückblick aus dem Jahre 2000.

51] Von Edward Bellamy. Nachdr. verb.

Wenn Sie sich davon überzeugen wollen, wie unnötig die Erschütterungen des Wirtschaftslebens durch Krisen waren, und daß diese einzig und allein von der zersplitterten, ungeregelten kapitalistischen Produktion in den Händen einzelner Unternehmer erzeugt wurden, so stellen Sie ihr unsere Ordnung und ihren Gang gegenüber. Eine Ueberproduktion in einzelnen Industriezweigen, das furchtbare Schreckgespenst Ihrer Zeit, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Durch die Regelung der Verteilung und der Produktion richtet sich das Angebot so genau nach der Nachfrage wie der Gang der Maschine nach dem Regulator. Aber nehmen wir sogar an, daß ein Irrtum in der Vorberechnung eine zu starke Produktion von irgendeinem Gute bewirkt hätte. Niemand verliert sein Brot, wenn in der Folge davon die Herstellung dieses Gegenstandes eingeschränkt oder auch ganz eingestellt wird. Die betreffenden Arbeiter finden sofort in anderen Abteilungen der ungeheuren nationalen Produktionswerkstatt Beschäftigung, und sie verlieren nur die Zeit, die der Uebergang zu dem neuen Gewerbe erfordert. Was schadet bei uns Ueberfüllung des Marktes? Unser Wirtschaftsleben ist kräftig genug, daß die Nation jede Menge eines über den Bedarf hinaus erzeugten Artikels so lange auf Lager behalten kann, bis die Nachfrage das Angebot eingeholt hat. In dem angenommenen Falle der Ueberproduktion gerät bei uns nicht wie bei Ihnen eine ganze komplizierte Maschinerie in Unordnung, so daß der erste Fehler noch tausendmal vergrößert wird. Da wir kein Geld haben, so gibt es bei uns natürlich erst recht keinen Kredit. Alle unsere Berechnungen beziehen sich unmittelbar auf wirklich vorhandene Dinge: auf Mehl, Eisen, Holz, Wolle und Arbeit zum Beispiel, an deren Stelle bei Ihnen Geld und Kredit in so irreführender Weise traten. Bei unseren Kostenanschlägen können keine Fehler unterlaufen. Was für den Unterhalt des Volkes notwendig ist, das wird aus dem jährlichen Produktionsergebnis entnommen; es werden die Arbeiten angeordnet, die für die Deckung des Bedarfs im nächsten Jahre erforderlich sind. Der Ueberschuß an Arbeit und Material kann getrost zu Verbesserungen verwendet werden. Wenn die Ernte schlecht ausfällt, so ist der Ueberschuß dieses Jahres ein geringerer als gewöhnlich, und das ist alles. Abgesehen von den gelegentlichen geringfügigen Wirkungen natürlicher Ursachen, wie Mißwachs, gibt es bei uns keine Schwankungen im Wirtschaftsleben. Der maßvolle Wohlstand der Nation fließt ununterbrochen, unaufhaltsam von Geschlecht zu Geschlecht, ein sich stetig erweiternder und vertiefender Strom.

„Wie jeder andere der von mir bereits berührten Wesenszüge Ihrer Ordnung, Herr West," fuhr der Doktor fort, „so bedeuteten auch die Krisen für sich allein schon eine so riesenhafte Verschwendung des nationalen Reichtums, daß Ihre Zeitgenossen dauernd in Armut leben mußten. Doch habe ich als Ursache dafür noch einen weiteren Umstand zu erwähnen: das Brachliegen eines großen Teils Ihres Kapitals und Ihrer Arbeitskraft. Unsere Verwaltung hat die Aufgabe, auch dem winzigsten Teil Kapital oder Arbeitskraft im Lande eine beständige Verwendung zu sichern. In Ihren Tagen war weder das Kapital noch die Arbeit einer einheitlichen Leitung unterstellt, deshalb blieb ein beträchtlicher Bruchteil des einen wie der anderen unbeschäftigt. Das Kapital ist von Natur furchtsam, so pflegen Sie zu sagen. Und gewiß, es wäre leichtsinnig gewesen, hätte es sich nicht in einer Zeit furchtsam gezeigt, in der die Aussicht auf den Mißerfolg jedes geschäftlichen Unternehmens größer war als die Möglichkeit des Gelingens. Wenn mir die nötige Sicherheit vorhanden gewesen wäre, so hätte das in der industriellen Produktion angelegte Kapital jederzeit bedeutend vergrößert werden können. So aber war die in der Industrie angelegte Menge von Kapital beständig außerordentlichen Schwankungen unterworfen, je nachdem die Geschäftslage für mehr oder minder sicher galt. Das Ergebnis der Landesproduktion war denn auch in den einzelnen Jahren außerordentlich verschieden. Der nämliche Grund, der in Zeiten besonders großer Unsicherheit weit weniger Kapital anlegen ließ als in Zeiten etwas größerer Sicherheit, bewirkte aber überdies, daß sehr beträchtliche Kapitalien überhaupt stets unbeschäftigt blieben. Sogar in den besten Zeiten war eben das Risiko sehr groß. Auch noch eine andere Folge der aufgezeigten Verhältnisse machte sich geltend. Eine große Menge von Kapital stürzte sich stets dorthin im Wirtschaftsleben, wo einigermaßen sicherer Gewinn zu winken schien. Natürlich ward an solchen Stellen der Konkurrenzkampf zwischen den einzelnen Kapitalisten beträchtlich bitterer und furchtbarer. Das Brachliegen des furchtsamen Kapitals zog selbstverständlich ein Brachliegen von Arbeitskraft in entsprechendem Umfang nach sich. Weiterhin machte diese Veränderung des Produktionsbetriebs jede leisteste Schwankung, jeder geringfügigste Umschwung in der Lage von Industrie und Handel beständig eine große Menge Menschen auf Wochen, Monate, ja Jahre hinaus brotlos. Von den fast unaufhörlichen Bankrotten nicht zu reden, die auch in den besten Zeiten alljährlich stattfanden. Eine große Anzahl Kapitalisten durchzog fortwährend das Land, Beschäftigung suchend. Die Brotlosen, Heimatlosen verwandelten sich mit der Zeit in Vagabunden, dann vielleicht in Verbrecher. Gebt uns Arbeit! so tönte fast jedergeit der Schrei einer wahren Armee Arbeitsloser. In Perioden geschäftlichen Niedergangs schwoll ihre Menge zu einem gewaltigen und verzweifelten Heerhaufen an, der die Regierung selbst bedrohte. Herr West, Sie behaupteten, daß die kapitalistische Produktionsordnung ein wirksames Mittel war, die Nation reich zu machen. Betrachten wir sie unter diesem Gesichtswinkel. Kann es da einen schlagenderen Beweis für ihren Widerfinn geben als die angeführte Tatsache? In einer Zeit allgemeiner Armut, allgemeinen Mangels mußten die Kapitalisten einander abwürgen, um nur Gelegenheit für eine sichere Anlage ihre Kapitals zu finden, und die Arbeiter revoltierten, wurden Brandstifter, weil sie keine Beschäftigung finden konnten.

„Bei allem, Herr West," fuhr der Doktor fort, „dürfen Sie nicht vergessen, daß die von mir erwähnten Umstände nur in negativer Weise die Vorteile einer nationalen Arbeitsorganisation erkennen lassen. Sie beleuchten die unglaubliche Unvernunft der kapitalistischen Produktionsweise und legen gewisse verhängnisvolle Mängel bloß, von denen unsere Ordnung auch keine Spur zeigt. Sie müssen wohl zugeben, daß dies allein schon zur Genüge erklären würde, warum die Nation jetzt so viel reicher ist als zu Ihrer Zeit. Aber die größere, die positive Hälfte der Vorteile, die wir vor Ihnen voraus haben, konnte ich bisher kaum streifen. Angenommen, die kapitalistische Produktionsweise wäre mit keinem der erörterten schweren Mängel behaftet gewesen. Es hätte keine Vergeudung des nationalen Reichtums gegeben infolge verfehlter Unternehmungen, die ihren Grund in der falschen Schätzung der Marktverhältnisse hatten, in der Unmöglichkeit, einen Ueberblick über das gesamte Produktionsgebiet zu gewinnen; keinen Konkurrenzkampf, der die Kräfte zugleich lähmte und nutzlos zur höchsten Anspannung aufpeitschte; keine Verschwendung durch Krisen, Bankrotte und lange Geschäftsstockungen; keine durch das Brachliegen von Kapital und Arbeitskraft. Angenommen, alle diese Uebelstände, die im Wesen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung selbst wurzelten und unlöslich mit ihr verbunden waren, hätten plötzlich durch ein Wunder beseitigt werden können, während man die kapitalistische Produktionsweise fortbestehen ließ. Auch in diesem Falle würde der reiche Ertrag erweisen, daß unsere Wirtschaftsordnung mit ihrer Zusammenfassung und Organisierung aller nationalen Kräfte der kapitalistischen gewaltig überlegen ist.

[Fortsetzung folgt.]

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190628-10/fragment/page=0005

Abg. Brandenburg (Soz.): Wir stimmen den Ausführungen der Minister zu und billigen die zu treffenden Maßnahmen.

Abg. Dr. Frenzel (Dem.): Wenn die Forderungen der Eisenbahner nicht voll erfüllt sind, so liegt das nicht an unserem Wollen, sondern an unserem Können. Erfreulich ist es, daß die Organisationen das gleichfalls anerkannt haben.

Abg. Dr. Klingemann (Dn.): Wir billigen die Erklärungen der Minister und sprechen unsere Genugtuung aus, daß es ihrer sachlichen Haltung gelungen ist, schweres Unheil abzuwenden.

Abg. Garnich (D. Vp.): Auch wir stimmen den Erklärungen zu und begrüßen insbesondere die Maßnahmen zur Senkung der Lebensmittelpreise.

Abg. Paul Hoffmann: Die Maßnahme der Regierung kommt zu spät. (Lachen und Widerspruch.)

Abg. Brust (Ztr.): Herr Paul Hoffmann hat den traurigen Mut bewiesen, in dieser ernsten Stunde so zu sprechen. Das ganze Haus mit Ausnahme der Unabhängigen stimmt der Regierung zu.

Eisenbahnminister Oeser: Auf Grund der zustimmenden Aeußerungen der großen Mehrheit wird die Regierung sich ermächtigt halten, das für die Preissenkungen Erforderliche zu veranlassen. Ich danke dem Hause für die Zustimmung, aber auch den Eisenbahner-Organisationen für ihr loyales Verhalten.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Nächste Sitzung: Dienstag 12 Uhr. Kleine Anfragen. Justizetat. — Schluß 8½ Uhr.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 28. Juni 1919.

Sozialismus und Kommunismus.

Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins (U. S. P.)

Am Donnerstag tagte im Volkspark die erste Mitgliederversammlung unserer Partei, die im neuen Vereinsjahre einberufen wurde. Genosse Kasparek richtete noch einmal dankende Worte an den alten Vorstand, der in schwerer Zeit die Leitung der Partei gehabt habe. Die Generalversammlung habe einen neuen Vorstand gewählt, nachdem mancherlei Kritik an dem alten Vorstande geübt worden sei. Nun müsse neues Leben in die Organisationen einziehen. Es sei nötig, heute einmal sich mit der Frage zu beschäftigen, was uns von der Kommunistischen Partei trenne, da man sich jetzt von dieser Seite bemühe, unsere Organisationen zu sprengen. In der letzten Zeit sind, so führte Genosse Kasparek aus, viele kommunistische Versammlungen abgehalten worden, die teilweise gutbesucht waren, weil viele wissen wollten, welche Forderungen die Kommunisten erheben. Aber leider waren die meisten sehr enttäuscht, weil nur wirres Geschimpfe auf die U. S. P. und besonders auf einzelne ihrer Führer diese Versammlungen erfüllte. Die Trennung von den alten Partei war notwendig, weil diese den Klassenkampfboden aufgegeben hatte, die K. P. aber war keine Notwendigkeit, denn es gibt eigentlich keine prinzipiellen Streitpunkte zwischen ihr und der U S P Im Ziele sind beide Parteien einig, der Streit geht nur um die Wege Aber selbst darin sind nicht viel Unterschiede. Das Verhältnis zur Regierung, zu den bürgerlichen Parteien, und zu den Rechtssozialisten zeigt, dieselbe Stellung, ebenso die Stellung zu den einzelnen Fragen der Gegenwart. Wenn in der Frage des Rätesystems anfänglich Unterschiede vorhanden waren, so sind diese seit dem letzten Parteitage ebenfalls verschwunden, denn unsere Partei hat sich rückhaltlos auf diesen Boden gestellt. Selbst die Frage des Parlamentarismus, die allein als Unterschied übrig bleibt, ist nur eine taktische Frage. Denn auch wir glauben nicht daran, auf dem Wege des Parlamentarismus den Sozialismus erreichen zu können. Wir benutzen nur das Parlament als Hilfsmittel, so lange die völlige Revolution noch nicht gesiegt hat. Auch sind die Wahlen ein Mittel, um zu prüfen, wie weit unser Einfluß reicht. Die Vorwürfe, die gegen uns erhoben werden, sind durchweg Agitationsphrasen, die bei näherer Untersuchung zusammenbrechen. Man kann den entscheidenden Kampf gegen den Kapitalismus nicht durch Schleichpatrouillen führen, wie es die Mehrheitssozialisten tun, auch nicht durch kleine Sturmtrupps nach Muster der Kommunisten, sondern nur durch eine geschlossene Kampffront des revolutionären Proletariats, wie die U. S. P. sie herstellen will. Unsere Partei hat in den schweren Zeiten der Unterdrückung ihre Pflicht getan und sie ist auch jetzt geeignet, die Massen zu einheitlichem Handeln zu sammeln. (Stürmischer Beifall.)

Eine ausgiebige Diskussion zeigte, welches Interesse die Mitgliedschaft an diesen Fragen besitzt. Die Anschauungen aber, die aus allen Reden widerklangen, bewiesen, daß unsere Hallsche Partei durchaus nicht auf dem „rechten" Flügel der U. S. P., soweit man von einem solchen überhaupt noch reden kann, marschiert. Die Redner brachten durchweg zum Ausdruck, daß sie den kommunistischen Anschauungen sehr nahestanden, aber gerade deshalb die unsachliche Kampfesweise, die von jener Seite beliebt wird, verwarfen. Genosse Rau meinte, etwas müsse an der Kritik von links doch wahr gewesen sein sonst hätte die Generalversammlung am 15. Juni nicht erst einen Ruck nach links zu machen brauchen. — Genosse Scholem führte aus, daß die unklare Haltung im November und Dezember nicht ganz schuldlos an der Entstehung der K. P. sei. Man müsse einen scharfen Trennungsstrich gegen diejenigen in unserer Partei ziehen, die nicht auf dem Boden der Rätediktatur ständen. Es gäbe heute nur noch zwei Richtungen im Proletariat, die Vertreter der formalen Stimmzetteldemokratie und die Anhänger des Rätesystems. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei stände jetzt in ihrer großen Mehrheit auf der linken Seite. Redner meinte, man solle die Angriffe von kommunistischer Seite nicht so tragisch nehmen. Am Tage der zweiten Revolution würde, wie in Ungarn, so auch bei uns die Einheitsfront wiederhergestellt sein. — Genosse Jänicke erklärte, am Tage nach der Revolution habe die Nationalversammlung zu verschwinden. Man müsse Kritik an unsern Genossen üben, die sich mit den Rechtssozialisten im November an einen Tisch gesetzt hätten. — Auch Genosse Kurbs sprach von der Mißstimmung weiter Kreise der Genossen über manches, was vor einigen Monaten geschah. Jetzt sei das ganz anders geworden. Warum bekämpfen uns denn hier die Kommunisten noch schärfer als die Mehrheitssozialisten? Weil sie glauben, es in unserm Bezirke leichter zu haben als in andern Gegenden. Weil hier gerade durch unsere Partei das Proletariat bereits radikalisiert sei. Man müsse sich bemühen, den Trennungsstrich zwischen uns und unsern kommunistischen Genossen allmählich zu verwischen. — Genosse Koenen teilte nicht den Optimismus der Vorredner in der Frage der Wiedervereinigung. So ganz leicht sei die Sache denn doch nicht. Allerdings, hier im Bezirk glaube er auch nicht daran, daß die kommunistische Bewegung sehr an Boden gewinnen würde, weil wir ja all das, was ihre geistigen Führer lehrten, schon praktisch durchführten, als es hier noch gar keine Kommunisten gab. Man müsse aber einen Unterschied machen zwischen den theoretischen Kommunisten, mit denen man sich durchaus verständigen könne, und den Leuten, die hier die Agitation betrieben. In praktischen Beispielen aus seiner persönlichen Erfahrung wies Genosse Koenen nach, daß nur allzu oft jetzt Anarchisten und Syndikalisten ihr übles Handwerk hier trieben. Mit diesen Leuten sei keine Einigung möglich, und wir müßten dieser Art von Agitation auf das Schärfste entgegentreten. Man könne auch verstehen, wieso die Kommunisten jetzt Anhang bekämen. Das seien die 10 Jahrgänge, die bisher wenig aufgeklärt über politische Dinge waren, zumeist viele Jahre im Soldatenrock gesteckt hatten und nun in ihrem revolutionären Feuer dem anheimfielen, der am radikalsten sich gebärde. Auch Genosse Koenen meinte schließlich, daß ihn nur ganz geringe Unterschiede von den Kommunisten trennten, aber ihre Boycottpolitik, die sich grade jetzt wieder in der Friedensfrage zeige, mache er nicht mit. Er glaube bestimmt, daß der radikalen Sozialdemokratie die Zukunft gehöre.

Die übrigen Diskussionsredner und der Referent verzichteten auf das Wort, da alle Fragen erschöpfend behandelt worden waren. Die glänzend besuchte Versammlung hat bewiesen, daß eine völlige Uebereinstimmung herrschte, daß nach wie vor das Hallsche Proletariat treu zur Fahne der U. S. P. steht. Ja, man kann sagen, daß selten Versammlungen stattgefunden haben, in denen unter dem Deckmantel der kommunistischen Partei eine einheitlichere Grundstimmung herrschte. In der nächsten Mitgliederversammlung wird gleichsam als Fortsetzung der gestrigen Debatte ein Vortrag des Genossen Koenen über Arbeiterräte und Rätediktatur gehalten werden. Demnächst werden einige gesellige Veranstaltungen wieder einmal wie in früheren Jahren vor dem Kriege die Kampfgenossen auch neben dem Kampfe vereinigen. Am 16. Juli ist ein Kinderfest und am 3. August das Parteifest geplant, wenn nicht inzwischen Verhältnissen eintreten, die andere Dispositionen erforderlich machen.

Streik der Hallischen Ensemble-Musiker.

In welch hohnsprechender Art und Weise selbst heute noch Arbeitgeber über die Lebensberechtigung der Arbeitnehmer urteilen, erfahren wir aus dem Ensemble-Musikerberufe: Nachdem am Montag, 23. Juni, die Wirte der Konzertkaffees, Lichtspielhäuser in einer von den Musikern einberufenen öffentlichen Sitzung die moralische Berechtigung des wöchentlichen freien Ruhetages anerkannten und auch gegen die selbstverständliche Forderung der Bezahlung des freien Tages keinen Einwand erhoben und nur in der Ausführung Meinungsverschiedenheiten bestanden, haben die Musiker dem Wunsche der Wirte entsprochen und diesen eine weitere achttägige Frist zur Durchdenkung eingeräumt. Nur begehrten die Musiker die Erfüllung ihrer Forderung für den ersten Montag im Juli. Die achttägige Frist benutzten die Unternehmer, um in einer unter sich abgehaltenen Sitzung die bisherigen Zugeständnisse, selbst die moralischen, umzustoßen! Sie „billigten" nur einen „freien" Tag aller 14 Tage „unter Gehaltsabzug" zu, fernerhin soll der Tag einzeln nach dem Belieben des Arbeitgebers festgesetzt werden. Ganz abgesehen von der Unmöglichkeit einer technischen Stellenvertretung, betrachtet der Hallische Ensemble-Musiker-Bund dieses Angebot, das in Form eines Ultimatums bis zum 3. Juli, „andernfalls Rückziehung", gehalten ist, als eine Herausforderung und Nichtachtung jeden Menschenrechts. Die öffentliche Meinung wird um Beurteilung gebeten! Dieses Ultimatum sollte ursprünglich erst am 1. Juli überreicht werden. Die Musiker erfuhren seinen Inhalt aber schon am Freitag und legten abends 9 Uhr die Arbeit nieder. In einem Rundschreiben an die Wirte ist die Verhandlungsbereitschaft am Sonnabend erklärt, sofern sie sich auf dem Boden der ersten gemeinschaftlichen Besprechungen und ihrer ersten moralischen Zugeständnisse stellen. — Dem Bundesvorstehenden der Musiker wurde seitens der Wirte am Freitag abend in aller Eile jener Beschluß überreicht. Die Streikleitung, die sich erst im Reichshof befand, ist nach dem Gewerkschaftshause verlegt. Zu dieser Angelegenheit sendet uns der Ortsverband der Hallischen Wirtevereine folgende Zuschrift:

„Durch einen Teil der hiesigen Presse ging die Notiz, daß vom 1. Juli ab in allen hiesigen Kaffeehäusern, Restaurants und eventl. Lichtspielhäusern ein musikfreier Tag — Montag — eingeführt werde. Wir, der Ortsverband Hallischer Wirtevereine, dem sich die hiesigen Lichtspielhäuser anschlossen, geben bekannt, daß wir die gewünschte Einführung von freien Tagen für die Musiker in einer Form lösen werden, die gestattet, den gewöhnlichen Betrieb überall aufrecht zu erhalten. Es finden also nach wie vor Montags auch weiterhin in den hiesigen Kaffeehäusern, Restaurants und Lichtspielhäusern die üblichen musikalischen Darbietungen statt."

Wenn die Musiker, was aus der obigen Notiz hervorgeht, aber streiken?

Beruhigungspillen — statt Fleisch!

Die starke Erregung, die sich der Bevölkerung wegen der völlig unzureichenden Fleischbelieferung und wegen des Phantasiepreises von 11 Mk. für das Pfund Gefrierfleisch bemächtigt hat, scheint im Magistrat doch einige Besorgnis erweckt zu haben. Man hat sich eine Erklärung von drei Schreibmaschinenschriftseiten abgequält, um die hungrige Bevölkerung zu beruhigen. Satt werden unsere Leser von der gedrechselten Erklärung zwar auch nicht werden, vielleicht aber tragen sie ihr fleischloses Geschick leichter, wenn sie wissen, wie sehr unser fürsorgender Magistrat sich über das fehlende Rindvieh grämet. Der Magistrat schreibt:

Vom Publikum ist über den hohen Preis des am Sonnabend, den 21. Juni, verausgabten Rinder-Gefrierfleisches vielfach Klage geführt worden. Bei dem völligen Versagen der Belieferung der Stadt mit Frischfleisch durch die hierfür zuständigen Stellen — es wurde statt der erforderlichen Zahl von wöchentlich mindestens 300 Rindern mehrere Wochen nicht ein einziges Stück Schlachtvieh der Stadt überwiesen und für eine ganze Reihe von Wochen nur die Hälfte oder noch weniger zugeteilt — und dem fortwährenden Drängen der Bevölkerung nach Beschaffung von Fleisch wurde endlich auf die wiederholten, energischen und dringlichen Vorstellungen bei den zuständigen Stellen auf ausreichende Versorgung der Stadt mit Fleisch die Lieferung von ausländischem Gefrierfleisch in Aussicht gestellt. Nach den ersten Mitteilungen mußte angenommen werden, daß dieses Gefrierfleisch zu einem Preise abgegeben werden konnte, der sich etwa auf der Höhe des für den amerikanischen Speck zu zahlenden Preises halten würde. Erst beider Belieferung stellte es sich heraus, daß es sich um holländisches Gefrierfleisch handelte und daß der Preis infolge des inzwischen eingetretenen Sinkens der Valuta gerade in Holland sich wesentlich höher stellte. Da es sich um holländisches Gefrierfleisch handelte, kann der Preis für den amerikanischen Speck nicht zum Vergleich herangezogen werden. Der Stand der deutschen Valuta ist gerade in Holland zur Zeit der Lieferungen ein sehr schlechter gewesen und hat sich dann noch ständig verschlechtert, so daß die vom Reich zu zahlenden Einfuhrpreise sehr hoch gewesen sind. Trotzdem aber die wesentlich höheren Spesen auf Gefrierfleisch gegenüber den geringeren Nebenkosten bei dem amerikanischen Speck treten. Weiter aber auch ist zu berücksichtigen, daß der Gewichtsverlust, der bei dem Gefrierfleisch sowohl für den Verkäufer wie für den Käufer entsteht, ein weit größerer ist, als bei dem gesalzenen Speck. Die Stadt hat bei dem Preise von 11 Mk. nicht etwa einen Verdienst gemacht, sie wird vielmehr noch mit einem kleinen Verlust abschneiden.

Da mit einer besseren Belieferung mit Frischfleisch nicht zu rechnen war, waren wir bei dem starken Verlangen der Bevölkerung nach Fleisch froh, endlich überhaupt etwas Ware erhalten zu haben. Die Gründe für die mangelhafte Belieferung mit Schlachtvieh sind ja bekannt. (Es folgt eine längere Erklärung über den mangelhaften Viehbestand.) Bei den hohen Preisunterschieden zwischen dem Einfuhrs- und dem Abgabepreis waren die Tierhalter nur äußerst schwer zu bewegen, ihre Tiere zur Schlachtung abzugeben, da sie die Verluste von mehreren Tausend Mark für ein Stück Vieh naturgemäß nicht tragen wollten. Sie waren zur Abgabe um so weniger geneigt, als sich seit der Möglichkeit der Beschaffung von Grünfutter für sie die Möglichkeit bot, die Tiere in einen besseren Futterzustand zu bringen. Um das allzustarke Mißverhältnis zwischen Einfuhrs- und Abgabepreis zum Teil auszugleichen, hat ja auch das Reichsernährungsministerium durch Verordnung vom 17. Juni die Schlachtviehpreise für Rinder erhöht. Es ist wohl zu hoffen, daß dadurch eine etwas bessere Viehzufuhrung erreicht wird. Immerhin wird der gesamte, zur Deckung der an sich geringen Fleischration von 200 Gramm wöchentlich notwendige Bedarf wohl kaum vollauf gebracht werden können, da, wie erwähnt, die Viehbestände schon sehr stark gelichtet sind und sonst die Milch- und Butterversorgung vollständig zusammenbrechen würde.

Die zuständigen Stellen sind in dringlichster Weise darauf aufmerksam gemacht worden, daß eine ausreichende Belieferung der Stadt mit Fleisch unumgänglich notwendig ist und daß der Bevölkerung nicht zugemutet werden kann, die außergewöhnlich hohen Preise für Gefrierfleisch zu zahlen. Die Zustände sind wiederholt als unhaltbar bezeichnet und es ist dringlich gefordert worden, Maßregeln zu treffen, die vorgeschriebene Pflichterfüllung von Vieh nach Möglichkeit zu erfüllen.

Was die von der Roßschlächtervereinigung aus der Stadt ausgeführten Roßfleisch-Konserven betrifft, so ist der Ankauf dieser Konserven im Einverständnis mit Vertretern der Arbeiter als zu teuer abgelehnt worden. Nach dem damaligen Stande der Preise für Frischfleisch und auch des amerikanischen Specks, war diese Entscheidung auch durchaus zutreffend. Es war damals nicht vorauszusehen, daß der Stand jemals Gefrierfleisch zu so hohen Preisen, wie es jetzt tatsächlich geschehen ist, überweisen worden wäre. Es ist aber Vorsorge getroffen worden, daß noch genügend Roßfleisch-Konserven für die hiesige Bevölkerung zur Verfügung stehen. Eine Verteilung findet jedoch augenblicklich statt und weitere werden noch folgen.

Also, der langen Rede kurzer Sinn: Schnallt den Hungerriemen noch fester, denn auch der weise Magistrat gleicht dem bekannten Greise, der auf dem Dache sitzt und sich nicht zu helfen weiß. Erstaunlich ist es, wie man mit dem mitteldeutschen Industrierevier und seinen Städten verfährt. Es gibt wohl in ganz Deutschland augenblicklich keine Gegend, die derartig stiefmütterlich behandelt wird. Der Magistrat darf nicht nur tendenzlahme Proteste und Warnungen an die zuständigen Stellen schicken, er muß immer und immer wieder denen, die anscheinend Halle wegen seiner „schlechtgesinnten" Bevölkerung mit Stockschlägen auf den Magen bedienen, die ernste Mahnung zukommen lassen, daß es Volksgerichte nicht nur in Hamburg gibt und daß eine dem Verhungern nahe Menge zu allem fähig ist. Erst kürzlich wiesen wir nach, daß Halle, was Krankheiten und Tuberkulose betrifft, sich vor den meisten andern Städten hervortut. Man kuriert allerdings solche Uebel am besten durch den Hunger, denn wenn keinem mehr der Zahn wehtut, braucht sich der Magistrat nicht über das Minoleh aufzuregen, das er mit der Seele sucht. Wir müssen auch an die Stahlhelmleuten denken, die der Bevölkerung nach wie vor das beste wegessen, wie die bekannten Strafbanern nach der 48er Revolution, welche in die aufständischen thüringischen Orte in Quartier gelegt wurden und solange wie die Blutläuse sich vollsaugten, bis der revolutionäre Spiritus vor dem Hunger verschwunden war. Unsere Butter fressen die Noskehelden ja schon längst, und es wirkt geradezu lächerlich, wenn der Magistrat von dem drohenden Zusammenbruch der Butterversorgung spricht. Meint er mit Butterversorgung die 50 Gr. Margarine, die wir ab und zu mal verschlemmen dürfen? Wir warnen davor, die Bevölkerung weiter nur mit Redensarten abzuspeisen!

Der Schleichhandel vor dem Kaufmannsgericht.

Was für Blüten unsere gegenwärtige Zeit der Nahrungsmittelknappheit zeitigt, erhellte aus einem Prozeß, der dieser Tage vor dem Hallischen Kaufmannsgericht seinen Abschluß fand. Ein Handlungsgehilfe stand in einem technischen Geschäft seit 15. September 1918 als Lagerist in Beschäftigung, und zwar gegen 300 Mk. Monatsgehalt und die gesetzliche Kündigungsfrist. Während der Beschäftigungszeit hat die beklagte Firma häufig rationierte Lebensmittel wie Aepfel, Saft, Zucker, Mehl, Erbsen, Eier auf Schleichwegen bezogen und davon an ihre Angestellten, also auch an den Kläger, abgegeben. Der Kläger hat natürlich die Waren angenommen, ohne Widerspruch zu erheben und hat sie in seinem Nutzen verwendet. Ende März 1919 hat die beklagte Firma dem Handlungsgehilfen das Dienstverhältnis für Ende Juni gekündigt. Aus Aerger hierüber ging der Handlungsgehilfe hin und erstattete gegen die Firma Anzeige wegen des verbotenen Bezugs der vorgenannten Lebensmittel und des verbotenen Verkaufs von Schrotmühlen und Aetznatrons. Nachdem daraufhin eine Haussuchung bei der beklagten Firma stattgefunden hatte, entließ diese plötzlich den Kläger am 5. April 1919 ohne Kündigung.

Damit war der Entlassene nicht einverstanden und erhob Klage vor dem Kaufmannsgericht auf Fortzahlung des Gehalts bis zum Ablauf der Kündigungsfrist. Er beantragte, ihm am 30. April, 31. Mai und 30. Juni je 300 Mk. zu zahlen. Die Firma verlangte Abweisung der Klage mit der Einwendung, in dem Verhalten des Klägers liege ein „wichtiger Grund" zur sofortigen Entlassung. Die Firma hatte auswesilich eines vom Kläger unterschriebenen Reverses eine Umzugsvergütung von 400 Mk. als Vorschuß gezahlt, auf die dem Kläger ein Rechtsanspruch erst nach fünfjähriger Tätigkeit bei der beklagten Firma zustehen und bei früherem Austritt aus der Beschäftigung der genannte Betrag prozentual der fehlenden Zeitdauer an der fünfjährigen Frist zurückgezahlt werden sollte. Die Firma beantragte nun widerklagend, den Kläger zur Rückzahlung von 350 Mk. Umzugskosten zu verurteilen. Gegen diese Widerklage wendete der Handlungsgehilfe ein, die Aufkündigung des Dienstverhältnisses sei von der Beklagten selbst und ohne Grund veranlaßt worden.

Der Handlungsgehilfe wurde mit seiner Klage abgewiesen. In den Gründen des Urteils heißt es: Die Beklagte hat rationierte Lebensmittel auf Umwegen bezogen und hat Gegenstände, die dem Handelsverkehr entzogen waren, dafür gegeben. Der Kläger hatte davon Kenntnis; er hat das Verhalten der Beklagten aber nicht sogleich zur Anzeige gebracht, sondern hat die ihm von der Beklagten abgegebenen Waren entgegengenommen und in seinem Nutzen verwendet. Er hat die Anzeige erst nach langer Zeit und nachdem ihm seine Stellung von der Beklagten gekündigt worden war, erstattet. In dem Umstande, daß ein Angestellter strafbare Handlungen seines Arbeitgebers zur Kenntnis der Behörde bringt, kann ein Grund zur sofortigen Entlassung an sich nicht gefunden werden. Der Kläger hat jedoch die ihm gebotene Gelegenheit zum Bezug von rationierten Lebensmitteln für sich ausgenützt und hat seine Stellung und die Geschäftsräume der Beklagten dazu benützt, um für sich Lebensmittel auf Umwegen zu erlangen. In diesem Verhalten liegt ein Verstoß gegen die dem Angestellten obliegenden allgemeinen Verpflichtungen. Es konnte deshalb der Beklagten nicht zugemutet werden, den Kläger noch länger zu beschäftigen. Der durch die Widerklage erhobene Anspruch hat seinen Grund nicht in dem Dienstverhältnis der Parteien, sondern in einer besonderen privatrechtlichen Vereinbarung. Für diese Entscheidung ist das ordentliche Gericht zuständig.

---

* **Metallarbeiter.** Heute abend 7 Uhr im Volkspark: Branchenversammlung der Former usw. Montag abend 7 Uhr daselbst: Versammlung der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse der Metallindustrie. Die Arbeiterausschußmitglieder werden ersucht, die Angestelltenausschüsse auf diese wichtige Versammlung hinzuweisen. Die Ortsverwaltung.

* **Holzarbeiter!** Am Dienstag, den 1. Juli, abends ½8 Uhr, findet im Volkspark eine sehr wichtige Mitgliederversammlung statt. In Anbetracht der für die gesamten Holzarbeiter sehr wichtigen Tagesordnung, aus welcher hervorzuheben ist: Bericht vom Verbandstag, die zentralen Verhandlungen in Berlin, Stellung des Reichstarifs, Vereinbarungen für die in der Metallindustrie beschäftigten Kollegen, Reichskonferenz der Maschinenarbeiter usw., ist es unbedingt notwendig, daß die gesamte Kollegenschaft in der Versammlung erscheint.

* **Jugendversammlung.** Morgen vormittag ½10 Uhr wird Jugendgenosse Globig-Berlin im Volkspark über die Forderungen der arbeitenden Jugend sprechen. Jeder Lehrling, jeder jugendliche Arbeiter, jedes junge Mädchen hat die Pflicht, zu erscheinen, um sich über die Rechte der Jugend zu unterrichten. Die erwachsenen Arbeiter, Partei- und Gewerkschaftsgenossen aber, die Kinder im Alter von 14—20 Jahren haben und diese zu Sozialisten erziehen wollen, bitten wir, ihre Kinder in diese Versammlung zu schicken.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190628-10/fragment/page=0006

* **Tarifvertragsverhandlungen der kaufmännischen und technischen Angestellten.** Zwischen den Organisationen der kaufmännischen und technischen Angestellten und Vertretern der Arbeitgeber in Halle finden gegenwärtig Verhandlungen wegen Abschluß eines Tarifvertrages statt. Es ist damit zu rechnen, daß der Tarifvertrag, wenn er zustande kommt, auf die Bezirke der Industrie und des Handels in Halle und dessen näherer Umgebung Anwendung finden wird, ohne Rücksicht darauf, ob die Inhaber der einzelnen Betriebe bei Abschluß des Tarifvertrages mitgewirkt haben oder nicht.

* **Wieder eine fleischlose Woche.** Der Magistrat macht bekannt: Der Verkauf von ausländischem Schweinefleisch erfolgt in nächster Woche. Näheres wird noch bekannt gegeben. — Und diese Woche? Da wischt sich das darbende Volk wieder den fettsen Mund. Arbeiten, nichts als arbeiten! So predigt man der Arbeiterschaft unausgesetzt. Woher bei dieser elenden Ernährung aber die zum arbeiten notwendige Kraft herkommen soll, darüber macht man sich keine Sorgen.

* **Das billige Fett.** Es gibt wieder Fett! Allerdings wird nicht gerechterweise auf Marken verteilt, sondern es wird freihändig" zum Preise von — 20 Mark für das Pfund verkauft. Das ist natürlich ' : die Masse der Bevölkerung viel zu teuer, und in anderen Städten, z. B. in Hannover, ist es zu Unruhen gekommen, nur weil in Detailladengeschäften Fett für 13 bis 18 Mark das Pfund verkauft wurde. In Halle ist die Bevölkerung bereits derartig daran gewöhnt, ausgewuchert zu werden, daß man von einer Entrüstung gar nichts spürt. Die Anhänger des freien Handels benutzen diese Sache zu einem neuten Vorstoß gegen die Zwangswirtschaft und behaupten, wir hätten das Fett viel früher schon und zu einem viel billigeren Preise verkaufen können, wenn man ihnen freie Hand gelassen hätte. Uns interessiert nur, daß es also genug Fett gibt, und daß nur böser Wille diese Mengen der öffentlichen Bewirtschaftung entzieht. Wenn die Freihändler von einem „geringen" Preis von 20 Mk. sprechen, so kann man sich denken, daß ihre Behauptung, es billiger zu liefern, unwahr ist. Im Gegenteil, bei der ungeheuren Nachfrage würde der Preis sehr bald eine Schwindelhöhe, für die Massen unerschwingliche Höhe erklettern. Man solle lieber versuchen, diese Fettquellen zu entdecken und der gerechten Verteilung zuführen.

* **Sinken des Kaffeepreises als Folge des Friedensschlusses.** Die Friedensannahme hat auch auf den Kaffeemarkt einen großen Preissturz herbeigeführt. Während der Einkaufspreis vor 14 Tagen noch 25 Mk. betrug, sank er im Laufe der letzten Woche auf 18—20 Mk. und wurde bereits zum Preise von 9 Mk., teilweise sogar 9 Mk. angeboten. Der Verkaufspreis wird sich dementsprechend erniedrigen. Die Arbeiterschaft kann natürlich auch diesen Preis nicht zahlen. Hält der Preissturz aber an, dann dürfte in absehbarer Zeit auch die arme Bevölkerung, statt der elenden Ersatzbrühe, wieder einmal wirklichen Kaffee genießen können.

* **Wachende Wilkür:** Es ist schon wieder wie früher! Mit kleinlicher Nadelstichpolitik versucht man die Arbeiterschaft zu bekämpfen. Einer dieser Nadelstiche ist die Belästigung und Verfolgung der Flugblattverbreiter. Natürlich nicht die Belästigung von Leuten, die Flugblätter für die Nostegarden, für „nationale Erhebung" und für antisemitische Programmbeiträge verbreiten, sondern die Verfolgung von revolutionärem „Gift", so wurden diese Woche einige Jugendgenossen von den Nosteverden verhaftet, als sie Flugblätter gegen den Militarismus verteilten. Man brachte die jungen „Verbrecher" nach dem roten Turm und von dort aus unter schwerer Bewachung nach dem Wachtlokal in der Dessauerstraße. Hier wurde beratschlagt, was mit den „Sündern" zu geschehen sei. Man bemühte sich vorläufig damit, einige Nummern der Jungengarde zu beschlagnahmen, aber als man das gefährliche Blatt erhielt, erblickte man wutentbrannt eine wohlgelungene Zeichnung: „Noske-Jünglinge beim Jugendschutz". Nun ging ein wüstes Geschimpfe los, und man bedrohte unsere jungen Genossen auf alle mögliche Weise. Erst nach zwölfstündiger Haft ließ man sie wieder frei. Das Skandalöse bei diesem Fall ist die Frechheit der Nosleten, sich Befugnisse anzumaßen, die sie nicht haben. Eine solche Verhaftung ist nackte Freiheitsberaubung und müßte demgemäß streng bestraft werden. Aber auch die Polizei beginnt wieder, sich Uebergriffe zu erlauben. So nahm man am Walhalla-Theater ein Mitglied des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen fest, weil er ein in der Vorwärts-Druckerei hergestelltes gewerkschaftliches Flugblatt verbreitete. Auf dem Revier 9, in der Ludwig-Wuchererstraße, wurde dann bramsig erklärt, man richte sich natürlich nicht nach den Vorschriften über Versammlungs- und Preßfreiheit, sondern die alten Bestimmungen seien für die Polizei maßgebend. Flugblätter dürften ohne besondere Erlaubnis nicht verteilt werden, und diese Erlaubnis, so wurde sorgsam gleich hinzugefügt, würde vom Magistrat nicht mehr erteilt, damit die Straßen nicht verschandelt würden. Ob das den Reaktionären auch gesagt wird, wenn sie die Stadt mit ihren Schmutzerzeugnissen verschmutzen? Wir fordern unsere Genossen auf, sich von solchen, völlig ungesetzlichen Eingriffen nicht an der Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte verhindern zu lassen.

* **Die Baumwollwaren im Schaufenster.** Der Verband Hallischer Textilwarengeschäfte ersucht uns um Aufnahme folgender zur „Aufklärung" dienender Zeilen. In den Schaufenstern unserer Hallischen Geschäfte sieht man jetzt größere Mengen Baumwollwaren ausgestellt. Verschiedene Kreise des Publikums sind nun der Meinung, daß diese Waren aus Friedenszeiten stammen, zurückgehalten waren und jetzt zu hohen Preisen verkauft würden. Zur allgemeinen Aufklärung halten wir es für geboten zu erklären, daß schon seit mehreren Jahren in Deutschland keine Baumwollwaren mehr vorhanden waren, weil die Zufuhr in Baumwolle ganz fehlte. Erst seit einigen Wochen war es möglich, über die Sperrgrenze des besetzten Gebietes aus Holland und Frankreich diese Waren einzuführen. Wenn unsere Hallischen Kaufleute diese teure Auslandsware kauften, so geschah es, um die so dringend in jedem Haushalte fehlenden Artikel dem Publikum zuzuführen. An den hohen Preisen trägt lediglich der niedrige Stand unseres Geldwertes schuld.

* **Neue Schwurgerichtsperiode.** In der am 30. Juni beginnenden Schwurgerichtsperiode kommen zur Verhandlung: 1. am 30. Juni, vormittags 9 Uhr gegen den Kriegsinvaliden Otto Böttge wegen Landfriedensbruchs; 2. am 1. Juli, vormittags 9 Uhr gegen a) den Hilfsarbeiter Franz Hienisch, b) das Dienstmädchen Marie Ronneberger wegen Landfriedensbruchs; 3. am 1. Juli, vormittags 9 Uhr gegen den Student Walter Wenzel wegen schwerer Urkundenfälschung und Betrugs; 4. am 2. Juli, vormittags 9 Uhr gegen a) die Kontoristin Emma Denski, b) den Molkereigehilfen Erich Koetzsch, c) das Hausmädchen Martha Altenz, d) den Fleischermeister Alfred Knoche, e) die Schneiderin Helene Rümpler geb. Lasse, f) den Sergeanten Willi Paul Lasse, wegen Landfriedensbruchs; 5. am 3. Juli, vormittags 9 Uhr gegen den Zigarrenhändler Karl Schneider, wegen schwerer Urkundenfälschung.

* **Stadttheater.** Heute, Sonnabend abend 8 Uhr, findet das VII. Sinfonie-Konzert unter Leitung von Fritz Busch, erster Kapellmeister am württ. Landestheater, Stuttgart, statt. Als Solist wirkt Professor Paul Grümmer (Cello) mit. Sonntag abend Die Walküre, Beginn 7 Uhr. Sonntag nachmittag 3½ Uhr Volksvorstellung zu ganz kleinen Preisen Ueber unsere Kraft, 1. Teil, von Björnson. Montag Der Zigeunerbaron, Dienstag Sappho, Mittwoch Martha, Donnerstag Siegfried, Freitag unbestimmt, Sonnabend Die Rose von Stambul.

Thalia-Theater. Am Sonntag findet ein Gastspiel der Mitglieder des Stadttheater im Thalia-Theater statt. Zur Aufführung kommt das Lustspiel: Die verlorene Tochter unter Spielleitung von Eugen Teuscher.

* **Ausgabe von Stammkarten für das Stadttheater.** Die Einlösung der Stammkarten erfolgt ab Montag, den 30. d. M., beim Bankhause Stecker, am Markt. Die Ausgabe weiterer Stammkarten wird fortgesetzt. Bestellungen nimmt die Kasse des Stadttheaters während der Vormittagsdienststunden (10 bis 2 Uhr) entgegen.

Vereins- und Veranstaltungsanzeigen.

Volkspark. Morgen nachmittag und abend Gartenkonzert des Seifertorchesters.

Walhalla-Theater. Die Probe zu der Eröffnungsvorstellung der Berliner Operetten-Gastspiele mit der erfolgreichen Neuheit: Ihre Hoheit die Tänzerin, sind beendet, und versprechen einen vollen Erfolg des reizenden Werkes. Der Vorverkauf ist eröffnet.

Zoologischer Garten: Morgen, Sonntag, nachmittags 3½ Uhr, Konzert vom Seifert-Orchester unter Leitung des Musikdirektors R. Seifert und abends 7½ Uhr Militärkonzert von der Kapelle des Füsilierregiments Nr. 36 unter Leitung des Kapellmeisters Otto Haupt.

Bad Wittekind. Morgen, Sonntag, früh von ½7 bis ½9 Uhr, Frühkonzert, und nachmittags 3½ Uhr Kurkonzert von der Kapelle des Füsilierregiments Nr. 36.

Die Arbeiterpresse

ist die schärfste und wuchtigste Waffe im Befreiungskampfe des arbeitenden Volkes.

Dein Blatt ist dein Schild.

Dein Rufer im weltumwälzenden Streit.

Dein Führer in den Wirrnissen schicksalsschwerer Zeit.

Für dich führt es die blitzende Klinge des Geistes.

Für dich steht es auf der Wacht.

Für dich sammelt es alle, die bauen wollen am neuen Staat, der wertschöpferischer Arbeit den Kranz des Glückes und der Freiheit bieten wird.

Die Presse der Unabhängigen Sozialdemokratie

ist die Weckerin schlummernder Massen,
die Sammlerin aller proletarisch-revolutionären Energien,
die Trägerin des weltbefreienden sozialistischen Sieges.

Werbt rastlos und treu für die immer weitere Ausbreitung der Unabhängigen sozialistischen Presse.
Ihr baut damit an einer lichteren Zukunft der arbeitenden Klasse.

Rüstet überall, damit der kommende Vierteljahrswechsel ein großer Werbesieg werde für euer Kampforgan,

das Hallische Volksblatt.

Günstige Gelegenheit!
Hemdentuch prima Qualität,
Kostümstoff „ „
zu Engrospreisen abzugeben. 2136
Schindler, Landsbergerstr. 68 I.

Eintragungen in die Fleisch-Kundenliste
nimmt entgegen *1449
Ernst Schleussner, Fleischermeister,
Piesteritz, Koswiger Strasse 72.

Verloren! *1416
Wagenkapsel.
Aufschrift: Hofstetter, Berlin. Gegen gute Belohnung abzugeben bei **Roeder,** Fischgeschäft, Große Ulrichstraße 31.

Gebrauchte Möbel.
Vollständige Zimmereinrichtung
Alt-Mahagoni-Wohnzimmer,
Sofa, sechs Polsterstühle, zwei Sessel, Buffet, Rädtisch, Ausziehtisch, Ofenschirm, Etagère, 2 Fenster Uebergardinen
alles für 2300 Mark.
Speisezimmer,
dunkel Eiche,
2800 Mk.
Herrenzimmer,
mittel Eiche,
für **2100 Mk.**
Elegante Saloneinrichtung
dunkel Mahagoni,
Nußb.-Buffets, Plüschsofa, Schreibtisch, Bücherschränke, Vertiko, Kleiderschränke, Trumeaux, Spiegel, Bettstellen mit Matratzen, Waschtische mit Marmor und Spiegel,
alles noch gut erhalten verkauft 2187
Friedrich Peilecke,
Geiststraße 25.

Möbel!
auf
Teilzahlung
Bequeme Zahlungsweise.
Solortige Lieferung.
Paul Sommer,
Halle,
Leipzigerstr. 14,
1 u. II. Et.

Kaufe jeden Posten Pferde
zum Schlachten.
Artur Reinicke,
Rossschlächterei.
Lettin (Saalkreis).
Telephon 3833.

Rauchtabak (feinste Qualität)
gibt preiswert ab 39
H. Wolfram,
Burgstr. 7, Ecke Brunnenstr.

Verkaufe ständig preiswert:
Ziegen, Lämmer, Kaninchen, Gänse, Enten, Hühner.
2063 **Heyl,** Schmiedestrasse 24, pt. r.

Holzpantoffeln
en gros 140 detail
nur prima Leder
liefert preiswert
Otto Ladecke,
Holzpantoffelfabrik,
Halle, Mansfelderstr. 47.

Hamster-, Maulwurf-, Kanin- u. a. Garten Felle,
Roßhaar u. Wolle kauft
zu höchsten Preisen
A. Weise,
Pelz- und Fellhandlung.
Rannischestr. 1. Tel. 1667

Haltbare
Geldscheintaschen
in Leder
preiswert.
H. Krausemann,
nur
Schmeerstr. 19.

Verlobungs-Ringe
in Gold, Dublee, Silber in all. Grössen, vorr. kaufen Sie billig bei **H. Schindler,** 2149 Kl. Ulrichstr. 35.

Strohhüte 1458
Filzhüte
Mützen
Kosenträger
Filzpantoffeln
Holzpantoffeln
kauft man vorteilhaft bei
Schaaf, Roitzsch,
Poststr. 15.

Ohren-, Schmucksachen,
Ringe, Dukaten, Münzen,
Gold, Silber, 2150
Brillant., Platinscheine
kauft stets zu höchst. Preisen
Hermann Schindler,
Kl. Ulrichstr. 35.

Ein
Kalkspritz-Apparat
zum Desinfizieren von Ställen und Kellern ist billig zu verk.
Kl. Ulrichstraße 25. 2158.

2145 **Alle Ausführungen,**
Bönicke,
Göbenstr. 23.

Mattine, hell
russ. Politurlack
Möbellack 137
Oelmattlack
Abziehbilder
Schablonen
etc. etc. empfiehlt
Otto Kramer,
Farbenhandlung,
Mittelwache 9 u. 10.
— Ruf 1465. —

Läuse *1408
Flöhe vernicht. Sie s. Brut Nissen üb. Nacht m. m. berühmten pat. angeb. Mittel „Eckolda". Für Wund. unschädl. Br. f. 1 Vers. Mk. 3.50 f. 3 Vers. Mk. 6.— u. Nach. Erste Weild.-Ungeziefer-Vertilg.-Anst., Magdeb. 6, Gust.-Adolfstr. 56, Vertr. ges.

Buch über die Ehe
mit Abbildungen, Mk. 2.50.
Ratgeber für Eheleute
Mk. 3.00. *115
Bb. Buch. auf. bs. nur M. 4.30.
L. Sachtleben, Berlin 364,
Schmidtstraße 41.

Gummiwaren-Fachgeschäft und Versandhaus
1676 **C. Klappenbach,**
Gr. Ulrichstr. 41.
— Preisliste gratis. —

F. Noah,
193 gegründet 1872, Fernruf Nr. 1649
Leipzigerstraße 16,
Ecke Gr. Sandberg
Lederartig.-Schäftefabrik.
Anfertigung von Maßschäften.
„Orthopäd. für kranke u. beschädigte Füsse."

Frauenhaar,
*202 Kilo 20 M., kauft
Richter, Glauchaerstr. 78.

Zöpfe,
sowie alle Haararbeiten, werden sauber angefertigt. 1806
M. Pluder, Hallorenstr. 5 II.

Höchste Tagespreise
zahle für *1460
Lumpen,
Papier,
Knochen,
Neutuch, Wolle,
Felle aller Art.
N. Falleck
jetzt Grünstr. 29.
Telephon 4242.

Ehe Sie sich einen
Handleiterwagen
kaufen, verlangen Sie umsonst die Preisliste der Firma **Kurt Rose,** Zeitz 19. *1456

Kücheneinrichtung,
neu, preiswert, sofort zu verk. 2109 Klein, Berlin 2, 3 r.

1 Paar neue **Damenschuhe** Nr. 39 zu verkaufen. 2147 Fr. Maz, Roonstr. 3 b.

Moderner, gut erhaltener Kinderwagen
zu verkaufen. *1457
Nietleben, Krollwitzerstr. 36.

Mehlwürmer und Hecke z. verk. Das. versch. Handels-Bücher z. verk. 2140
Pflug, Merseb. Str. 101, II.

Ein neuer selbstgearbeiteter **Mantel** für stärkere Frau preiswert zu verkaufen, desgl. 1 Damenhut sowie 1 Knabenmantel bei **H. Schmidt,** Forsterstr. 47 III l.

Ein Schlüsselbund von Raffineriestr. nach Königstraße verloren. Bitte abzugeb. Fr. Werther, Witwe, Raffineriestraße 17, H. pt.

Reinen Rauchtabak
und Zigarren
gibt preiswert ab
G. Stoermer, Liebenauerstr. 18.

Puppenklinik
befindet sich ab 1. Juli cr.
Mansfeldserstraße 4.
Christine Brehl.

E. erh. Sofa, modern, gebr. **Kücheneinrichtung** zu verk. 2107 Hartz 8, II l.

Ansichts-Postkarten werden in jede Art Hautanschlag, Hautunreinigk., Mitesser, Haarausf., Schuppen, alte Beinleiden, Krampfadern bestes Mittel: **Grebesan II** ℳ 4.50. **Apotheke Grebe-Laboratorium Charlottenburg 5.** 118. *1118

Künstliche Zähne
Behandlung kranker Zähne.
Nach Möglichkeit schmerzloses Zahnziehen.
Auf Wunsch erfolgt die Behandlung durch Dentistin
Kgl. Zahn-Heil-Anstalt
Gr. Ulrichstr. 11, II.
Fernruf 3865. 129

Silbermünze
(alte Taler, Zweimarkst. usw.) Altsilber zu höchsten Preisen zu kaufen gesucht. *1437
Fritz Backhausen,
Tangermünde a. E., Markt.

1 Paar Schaftst., 1 Paar Jungl.-Knepfst. zu verk. 2105 Schillerstr. 31, I l.

Wir oder Mich?
Beweis: 1. Leitschuh d. deutschen Sprache 2. Rechnen 3. Schönschreiben 4. Kaufmännische Korrespondenz 5. Wirtschaftslehre 6. Zinsberechnungsbriefe 7. Buchführung (einf., kaufm. usw.) 8. Stenographie 9. Briefe 10. Rechtschreiben 11. Kaufmännische Korrespondenz 12. Geography 13. Gutschriftl. 14. Gutschriftbriefe 15. Diktatschule 16. Rechnen 17. Vertrag. Lehrbriefe, auf 26. 27. eingeln. Mk. 1.40 Stück. 2. Jahrgang 2 Zt. Bonus 14. Wir liefern auch jedes andere Buch 2113

Violine-, Klavier-, Mandolin- u. Gitarre-Unterricht erteilt **August May,** Torstrasse 10. [138
Klavier 3. Ueben noch frei.

Makulatur
verkauft
Verlag des Volksblattes.

Wohnungs-Angeboten.

In **Nauendorf** oder im Umkreis bis eine Stunde, eine alleinstehende
Wohnung
mit Stallung und Garten, womöglich mit Feld, sofort oder z. 1. Oktober zu mieten oder pachten gesucht. Kauf später nicht ausgeschlossen.
Offerten unter **V. R. 368** an die Exp. d. Blattes. 2111

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190628-10/fragment/page=0007

Deutscher Holzarbeiter-Verband, Halle.

Dienstag, den 1. Juli cr., abends ½8 Uhr, im „Volkspark", Burgstraße 27:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Der Verbandstag in Berlin und die Bedeutung seiner Beschlüsse. 2142
2. Die zentralen Verhandlungen, der gegenwärtige Stand des Reichstarifs und unsere örtliche Stellung.
3. Verbands-Angelegenheiten, darunter: Die Vereinbarungen mit den Metallindustriellen, Reichskonferenz der Maschinenarbeiter und Arbeitsvermittlung.

In Anbetracht der überaus wichtigen Tagesordnung mögen alle Kollegen es als ihre Pflicht erachten, in der Versammlung zu erscheinen.

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet werden.

Die Lokalverwaltung. J. A.: Emil Winkler.

Maler.

Sonntag, den 29. Juni 1919, vorm. 10½ Uhr, im Restaurant Riebeckbräu, Gr. Berlin 14:

Ausserordentliche Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. **Berichterstattung des Delegierten von der Generalversammlung.**
2. Filialen-Angelegenheiten.

Das Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig.

2108 **Der Vorstand.**

Zentralverband der Handlungsgehilfen.

Ortsgruppe Halle a. d. S.

Dienstag, den 1. Juli, abends, pünktlich 8 Uhr im Liugustiner-Bräu, Mittelstraße:

Mitglieder-Versammlung

In Anbetracht der sehr wichtigen Tagesordnung ist zahlreiches Erscheinen erwünscht. 2018

Der Vorstand.

Glesien. Glesien.

Sonntag, den 29. Juni cr., nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Rane:

Ausserordentliche Partei-Versammlung der U. S. P.

*1454

Der wichtigen Tagesordnung halber ist es Pflicht eines jeden Genossen, zu erscheinen. **Der Vorstand.**

Amtliche Bekanntmachungen.

Halle.

50 Gramm Margarine!

In der Woche vom 30. Juni bis 6. Juli werden auf den Abschnitt 27 der Fettkarte für jede Person des Haushalts 50 Gramm Margarine in den Geschäften abgegeben, in denen die Käufer in die Kundenlisten eingetragen sind. Der Preis für 50 Gramm Margarine beträgt 21 Pfg. Der Verkauf erfolgt am Donnerstag, den 3. bis Sonnabend, den 5. Juli. Die abgetrennten Abschnitte sind gebündelt dem Stadternährungsamt am Montag, den 7. Juli, abzuliefern.

Halle, den 29. Juni 1919 **Der Magistrat.**

Städtischer Verkauf von Schweizerkäse

in der Talamtschule, am Montag, den 30. Juni 1919. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 46 001—47 300 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 47 301 bis 49 500 nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes können 100 Gramm zum Preise von 2 Mk. abgegeben werden.

Halle, den 28. Juni 1919. **Der Magistrat.**

Die Ausgabe von Zuckermarken

für den Monat Juli findet in der Woche vom 30. Juni bis 5. Juli 1919 zugleich mit der Ausgabe der Brotmarken in den städtischen Markenausgabestellen statt. Die Zuckermarken sind bei Empfang nachzuzählen. Auch kann eine Nachlieferung der in der vorgenannten Zeit nicht entnommenen Marken nicht stattfinden.

Halle, den 28. Juni 1919. **Der Magistrat.**

Die Ausgabe der Reichsfleischkarten

für die Zeit vom 7. Juli bis 3. August d. Js. erfolgt in der Woche vom 30. Juni bis 5. Juli in den städtischen Markenausgabestellen.

Halle, den 28. Juni 1919. **Der Magistrat.**

Städtischer Verkauf von Kohlfleisch- u. Rotwurstkonserven

in der Talamtschule, am Montag, den 30. Juni. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 46 001—47 300, vormittags von 8 bis 12 Uhr, und die Inhaber der Nummern 47 301 – 49 500 nachmittags von 2—6 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines kann an Haushalte mit einer Person eine ½ Kilo-Dose zum Preise von 5,50 Mk., mit zwei bis vier Personen eine 1 Kilo-Dose zum Preise von 11.— Mk., mit fünf bis acht Personen eine 2 Kilo-Dose zum Preise von 22,— Mk., für weitere vier Personen eines Haushaltes noch eine 1 Kilo-Dose zum Preise von 11 Mk. abgegeben werden.

Halle, den 28. Juni 1919. **Der Magistrat.**

Infolge der noch immer knappen Zufuhren von Frisch-Gemüse hat sich das Stadternährungsamt entschlossen, die noch vorhandenen Bestände an Gemüse-Konserven dem Handel zum Verkauf freizugeben. Kleinhändler, die noch Interesse an dem freien Verkauf dieser Gemüse-Konserven haben, wollen sich einen Bezugsschein im Stadternährungsamt, Zimmer 17, ausstellen lassen. Es kommen in der Hauptsache Möhren und Weißkraut in Frage.

Halle, den 28. Juni 1919. **Der Magistrat.**

Die Ausgabe der Sonderzuckerkarten für den Monat Juli an Kinder bis zu 2 Jahren findet im Stadternährungsamt, Zimmer 10, vormittags von 8—12½ Uhr statt. Die Ausgabe erfolgt an die empfangsberechtigten Haushaltungen mit den Anfangsbuchstaben: A—D am Montag, den 30. Juni, E—G am Dienstag, den 1. Juli, H—J am Mittwoch, den 2. Juli, K am Donnerstag, den 3. Juli, L—M am Freitag, den 4. Juli, N—Q am Sonnabend, den 5. Juli, R am Montag, den 7. Juli, S am Dienstag, den 8. Juli, T—V am Mittwoch, den 9. Juli, W—Z am Donnerstag, den 10. Juli. Der Lebensmittelschein und die Geburtsurkunde des in Frage kommenden Kindes sind vorzuzeigen.

Halle, den 26. Juni 1919. **Der Magistrat.**

Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden hierdurch aufgefordert, die in nächster Woche zum Verkauf gelangende Marmelade am Montag, den 30. und am Dienstag, den 1. Juli, abzuholen.

Halle, den 28. Juni 1919. **Der Magistrat.**

Warnung.

Das Tragen ungeschützter Hutnadeln ist durch Polizeiverordnung verboten. Zuwiderhandlungen sind unter Strafe gestellt. Trotz wiederholter amtlicher Hinweise in den Zeitungen wird fortgesetzt von der Frauenwelt gegen diese Bestimmung verstoßen.

Die Unsitte macht sich besonders in den Straßenbahnwagen bemerkbar; hier können durch ungeschützte Hutnadeln mitfahrende Personen leicht erheblich verletzt werden.

Die Polizeiverwaltung warnt hiermit nochmals vor Uebertretungen der Verordnung. Die Exekutivbeamten sind angewiesen, in Zukunft unachtsamliche Verstöße zur Anzeige zu bringen. Bestrafungen werden in jedem Uebertretungsfalle erfolgen. In den Straßenbahnwagen werden Beamte besonders scharfe Kontrolle üben.

In gleicher Weise wird künftig gegen das unbefugte Betreten der Bürgersteige mit Hand- und Kinderwagen eingeschritten werden.

Halle, den 24. Juni 1919. **Die Polizeiverwaltung.**

Arbeitsnachweis

Kastenmacher und Kastenhelfer (Stellmacher)
für Karosseriebau gesucht.
*1488 **Ludw. Kathe & Sohn.**

Tüchtige
Bauschlosser und Schwarzblechklempner
für Karosseriebau gesucht.
*1483 **Ludw. Kathe & Sohn.**

Geschirrführer
gesucht. 2189 **L. u. W. Brömme,** Saalestr. 1.

Wir suchen zum sofortigen Antritt einen
älteren, erfahrenen Maschinenschlosser
bei entsprechend guter Lohnzahlung.
Hallische Schraubenfabrik, G. m. b. H.,
Diemitz-Halle. 2104

Tüchtige Dachdecker
stellt sofort ein 2144 **L. Bornstein,** Gr. Märkerstr. 9 pt.

Reinemachefrau
für Bureauräume gesucht.
Reichsanwalt 2119
Dr. Müller,
Rathausstraße 10, I. Etage.

Tüchtigen *1455
Schuhmachergesellen
sucht **Hoffmann,** Riestedt.

Offene Stellen für:
Ledige Feldhüter, Dienner, Kutscher und Gärtner sowie für Hek.-Memiete, Köchinnen, Kinderfräulein, Köchinnen, Stuben- u. Hausmädchen, Bäuerinnen, Ink. Friedr. Garcia, gewerbsmäßiger Stellenvermittler, Bahnmeerstr. 17/18, I.

Maurer, Arbeiter und Zimmerer sucht *1378
Molma, Hohenthurm.

Familien-Nachrichten.

Sozialdemokrat. Verein U. S. P. D. Halle und Saalkreis.

Nachruf!

Am 23. Juni starb unser langjähriger Parteigenosse, der Fabrikarbeiter 2143

Franz Löbel

aus Lochau.

Ehre seinem Andenken!

Der Vorstand.

Sozialdemokrat. Verein U. S. P. D. Halle und Saalkreis.

Am 16. Juni starb unser langjähriger Parteigenosse der Gastwirt

Karl Schnabel

im Alter von 38 Jahren.

Ehre seinem Andenken.

Die Beerdigung findet am Montag, den 30. Juni, nachmittags ½4 Uhr von der Leichenhalle des Südfriedhofes aus statt.

2154 **Der Vorstand.**

Sozialdemokrat. Verein U. S. P. D. Halle und Saalkreis.

Am 17. Juni verstarb unser alter Parteigenosse der Arbeiter 2136

Wilhelm Schaue,

im Alter von 62 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Der Vorstand.

Die Beerdigung findet am Montag, 30. Juni, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle d. Südfriedhofes aus statt.

Verband der Fabrikarbeiter
:: Ortsstelle Halle. ::

Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser langjähriger Kollege

Wilhelm Schaue

am Freitag verstorben ist. 2138

Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Die Ortsverwaltung.

Seiden- Voile- Barchent- Flanell- Damaste- Mansolin-
Reste
zu ermäßigten Preisen. 2108
S. Blietzky, Leipzigerstrasse 103, 1 Tr.

Zahn-Atelier Paul Hofermalz 2113
Burgstr. 4 I.
Sprechstunden: 9—12, 2—6.
2743 Fernsprecher 2743

Neue Million- und Schützen-Räder
mit erstklassigem Auslandgummi in allerbester Ausstattung empfiehlt preiswert. Ständig große Auswahl. Mantel und Schläuche werden auch einzeln abgegeben.
Emil Schütze,
*1469 Fahrrad- und Maschinenbau-Anstalt,
Sangerhausen.

*1456 **Gurtriemenstücke,**
für Kartoffelwolfen sich gut eignend, verkauft
J. Sternlicht, Halle (Saale).

Gestern morgen 5 Uhr verschied plötzlich und unerwartet, nach kurzem aber schwerem Krankenlager, mein lieber, sorgsamer Mann und Vater, Bruder, Schwager, Onkel und Großvater, der Maschinenarbeiter

Robert Wagner

im noch nicht vollendeten 51. Lebensjahre.

Dies zeigen tiefbetrübt und im tiefsten Schmerze an:

Frau Anna Wagner geb. Zimmermann
Robert Wagner und Frau
Paul Wagner nebst Geschwistern
Rosalie Wagner als Mutter.

Halle a. S., den 28. Juni 1919, Thomasiusstr. 47.

Die Beerdigung findet Montag, den 30. Juni, mittags 2 Uhr, von der Kirchenhalle des Nordfriedhofes aus statt. 2145

Todesanzeige.

Gestern verschied unerwartet mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater, Bruder, Schwager, Onkel und Großvater 2146

Wilhelm Schaue

im 63. Lebensjahre.

Dies zeigt tiefbetrübt an

Frau **Friederike Schaue,** geb. Walter,
nebst allen Angehörigen.
Merseburgerstraße 67 b.

Die Beerdigung findet Montag, den 30. Juni nachmittags 2 Uhr auf dem Südfriedhof statt.

Am 26. Juni, nachmittags 2 Uhr, verstarb nach schwerem Leiden unser heißgeliebter Sohn und Bruder, der Schlosser

Walter Krüger

im Alter von 18 Jahren.

Halle a. d. S., den 28. Juni 1919.

Dies zeigen tiefbetrübt an:

Die trauernden Eltern und Geschwister und alle Verwandten.

Die Beerdigung findet Montag, den 30. Juni, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gertraudenfriedhofes aus statt. 2141

Am 26. Juni abends verschied nach kurzem, schwerem Krankenlager unsere liebe, herzensgute Tochter, uns unvergeßliche Schwester, die Pflegerin

Anna Trübe

im 30. Lebensjahre.

Halle, Gr. Gosenstr. 38, den 28. Juni 1919.

In tiefer Trauer:

Familie Otto Trübe.

Die Beerdigung findet am Montag, 30. Juni, vormittags 11 Uhr, von der kleinen Kapelle des Gertraudenfriedhofes aus statt. 2129

Danksagung.

Zurückgekehrt vom Grabe unserer treuen entschlafenen Tochter Martha, sagen wir allen, welche uns in unseren ersten schweren Stunden beigestanden haben, sowie für die herrlichen Blumenspenden unseren herzlichsten Dank. Ganz besonders danken wir Herrn Pastor Altkn für seine trostreichen Worte am Sarge; Herrn Rektor Mengewein, sowie Herrn Lehrer Hartmann und der lieben Schuljugend für den schönen Gesang und das letzte Ruhewalle Gebet. Auch meinen Arbeitskollegen, sowie der U. S. P. Zeitung für die schönen Kranzschleifen unseren herzlichsten Dank.

Arno Schröter und Frau,
nebst Sohn Franz.
*1452 Zeitz, den 26. Juni 1919.

Das sollen Sie wissen!

und behalten, daß wir nur nach Markt- und Börsenpreisen kaufen und zahlen.

Wirtschafts-Lumpen	Kilo 20-30 Pf.	Woll. Strumpfabfälle	Kilo 2 Mk.
Knochen	„ 14 „	Schafwolle	„ 4-6 „
Hadzeug	„ 14 „	Reutschabfälle	„ 2 „
Papierabfälle	„ 8 „	Messing	Kilo 1.00 „
Bücher, Zeitungen	„ 16 „	Rotguß	„ 1.60 „
Schmiedeeisen	„ 5 „	Kupfer	„ 1.30 „
Maschinenguß	„ 10 „	Blei und Zink	„ 0.50 „
Ofenguß	„ 6 „		

Händler erhalten Extra-Preise. 2121

Theuring & Ackermann,

Halle a. S. Triftstraße 24, Tel. 4363.

Einfahrt: Große Brunnenstraße 50/51.

und Merseburg, Rulandstraße 6.

Jeder Leser, der uns 10 Kilo Papier, außer Papier, Eisen und Knochen, und Inserat mitbringt, erhält 1 Mark extra.

Sämtliche Parteischriften empfiehlt Volks-Buchhandlung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191906 28-10/fragment/page=0008

Die Gegensätze im Bergarbeiter-Verbande.

Zum Verbandstag der Bergarbeiter

wird uns aus Bergarbeiterkreisen geschrieben:

Mit 177 gegen 80 Stimmen hat die II. Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes das Mißtrauensvotum für den Vorstand abgelehnt. Die bisherige Leitung ist wieder gewählt worden. Die vor einiger Zeit veröffentlichte Erklärung, dem Verbandstag die Aemter zur Verfügung stellen zu wollen, hat sich als ein taktisches Manöver dieser Herren entpuppt. Auf diese Weise gedenkt man wieder erneut alle Machtmittel des Verbandes in die Hand zu bekommen.

Die überwiegende Mehrheit der Mitgliedschaft wird die Stellung des Verbandstages nicht verstehen können, hat doch die bisherige, nun wieder gewählte Leitung, schon lange das Vertrauen des größten Teiles der Verbandsmitglieder verloren. Dazu hat in erster Linie die Kriegspolitik beigetragen. Die führenden Männer haben den Verband rückhaltlos in den Dienst der imperialistischen Kriegspolitik gestellt. Arbeiter! „Durchhalten!" das war die Parole, die die Bergarbeiter ständig von den Herren zu hören bekamen. Triefend lobte der Vorsitzende auf dem Verbandstag, man habe die Bergarbeiter mit Speck und Butter eingefangen. Das war so ziemlich die ganze Tätigkeit, die im Interesse der Bergarbeiter ausgeübt wurde. Sonderzulagen für diese herauszuholen, damit sie zu recht hohe Gewinne für die Kohlenbarone erschuften konnten.

Ueberaus große Erbitterung löste die seit der Revolution befolgte Taktik aus. Als das Proletariat am 9. November in den Besitz der politischen Macht kam, hatte man auch im Bergbau nichts besseres zu tun, als mit den Bergherren, diesen geschworenen Feinden der Arbeiterschaft, die Gründung von Arbeitsgemeinschaften zu betreiben. Also man ging nicht dazu über, dem Sozialismus vorzuarbeiten, sondern den Kapitalismus wieder neu zu befestigen. Die Bergarbeiter sehen, wie sie um die Früchte der Revolution betrogen werden. Sie wollen nicht mehr willenlose Ausbeutungsobjekte sein. Deshalb die gewaltigen Streiks der letzten Wochen und Monate.

Der Vorstand hat diesen Bewegungen den schärfsten Widerstand entgegengesetzt. Verständnislos steht er den Forderungen der Bergarbeiter gegenüber, die darauf hinauslaufen, die Sozialisierung vorwärts zu treiben. Schweigend hat man geduldet, daß die Mostetruppen in die Streikgebiete einrückten, dort unerhörte Gewalttaten verübten und Tausende von Bergarbeitern in die Gefängnisse sperrten. Ja auf Veranlassung des Verbandsvorsitzenden Sachse ist sogar, wie festgestellt worden ist, das frühere Vorstandsmitglied Teuber verhaftet worden. Also glatte Denunziation! Und solche Leute behalten die Leitung des Verbandes noch in Händen!

Das alles hat dazu geführt, daß im Ruhrgebiet Tausende langjährige Mitglieder dem Verbande den Rücken gekehrt und die Zahlung der Beiträge verweigert haben. In diesen Zahlstellen hat sich der größte Teil der Mitglieder aus Verärgerung nicht an den Wahlen zum Verbandstage beteiligt. Mit ganz geringer Stimmenzahl sind dann Anhänger der Vorstandspolitik delegiert worden. Wäre es nicht geschehen, die Tagung des Verbandes hätte ein anderes Gesicht bekommen.

Die Opposition war bestrebt, wenigstens den am meisten kompromittierten ersten Vorsitzenden Sachse zu entfernen. Unsere Genossen vertreten die Auffassung, daß dies wesentlich mit dazu beitragen würde, die Krise im Verband zu überwinden und die Organisation zusammenzuhalten. Es ist nicht gelungen, Sachse bleibt. Nun steht zu befürchten, daß das, was unsere Genossen verhindern wollten, nämlich die Zersplitterung im großen Umfange eintritt. Das muß im Interesse der Arbeiterbewegung unter allen Umständen verhindert werden. Wir stehen auf dem Boden der auf unsern Parteitag angenommenen Resolution zur Gewerkschaftsfrage. Nicht Zersplitterung und die Gründung von neuen Organisationen kann für die Anhänger der U. S. P. in Frage kommen, sondern unsere Aufgabe muß sein, den Ausbau der Gewerkschaften in unserem Sinne zu fördern. Das kann nur geschehen, wenn wir in den Verbänden bleiben und dort unsere Arbeit in dieser Richtung leisten. Wir brauchen gegenwärtig noch leistungsfähige Organisationen. Sogar nach dann, wenn das Rätesystem verwirklicht sein sollte. Auch hätten da die Gewerkschaften noch wichtige Aufgaben zu erfüllen, das haben die Erfahrungen in Rußland gelehrt.

Die Schlagfertigkeit der Organisation muß unbedingt aufrecht erhalten werden. Das kann nicht geschehen, wenn man neue Organisationen gründet. Es führt dies zur Verzettelung der Kräfte. Jeder weiß, wie schwer es ist, einheitliche Aktionen zustande zu bringen, wenn die Belegschaften in verschiedene Organisationen zersplittert sind. Auch lehrt uns die Erfahrung auf politischem Gebiete, daß bei der Agitation für die neuen Körperschaften ein großer Teil der weniger aufgeklärten Mitglieder wieder zu den Indifferenten überschwenkt. Diese Arbeiter werden dann überhaupt von keiner Organisation erfaßt.

Sorgen wir dafür, daß die zurückgebliebenen Bezirke in unserem Sinne aufgeklärt werden. Das ist die beste Waffe im Kampf gegen die Uebermacht der alten Gewerkschaftsbureaukraten. Gewiß, es ist bitter, zu wissen, daß die mühsam aufgebrachten Beiträge nicht in unserem Sinne verwendet werden. Aber es gilt zu erwägen, was für uns von größerem Schaden ist. Das ist zweifellos die Zersplitterung in verschiedene Organisationen. Deshalb, **Kameraden! Trotz alledem treu zur Organisation halten!**

Verbandstag der Transportarbeiter.

Der zweite Verhandlungstag

begann mit der Diskussion des Geschäftsberichts. Als erster Redner erhält Klose-Berlin das Wort, der erklärt, daß es ihm in der üblichen Redezeit nicht möglich ist, zu dem Geschäftsbericht Stellung zu nehmen. Er bittet vielmehr als Korreferent der Opposition um längere Redezeit. Hier entspinnt sich sofort eine heftige Geschäftsordnungsdebatte, die die Redezeit auf 20 Minuten festsetzt. Die Opposition verläßt hierauf den Saal und kehrt erst zurück, nachdem Klose eine unbeschränkte Redezeit zugesichert bekommen hat.

In einer 2½stündigen Rede hält Klose Abrechnung mit der Kriegspolitik des Verbandsvorstandes und mit der Haltung des Kurtiers. Die augenblickliche Spannung in Transportarbeiterkreisen ist nichts weiter, als die Folge dieser ganzen Politik. Die Transportarbeiter hätten erkannt, daß nur noch eine recht baldige Aenderung in den leitenden Persönlichkeiten die Zersplitterung des Verbandes aufhalten könne. Das treffe vor allen Dingen auf den Redakteur Müller zu. Gerade die auf dem Boden der U. S. P. stehenden Mitglieder sind es, die erkennen, daß eine Einigung und Zusammenfassung der Kräfte jetzt mehr denn je nötig sei. Aus diesem Grunde machen sie auch nicht vor der einen oder der anderen Person Halt. Es muß jetzt alles getan werden, um die Massen zum Kampfe für die Verbesserung der Lage der arbeitenden Massen zusammenzuhalten. Darum ertöne der Ruf zur Einigung und zur zielbewußten Politik im Sinne des Proletariats. Starker, anhaltender Beifall lohnte die Ausführungen.

Der Bericht der Mandatsprüfungskommission besagt, daß 257 Delegierte im Besitz von gültigen Mandaten seien, 4 Delegierte können nicht anerkannt werden.

Zum Gewerkschaftskongreß sind 35 Delegierte zu wählen. Nach der Wahl zeigt sich, daß Berlin, Hamburg, die Seeleute, Straßenbahner und Post ohne Vertretung geblieben sind. Von einigen Delegierten wird dieses Resultat scharf gegeißelt. Vom Vorstand wird der Vorschlag gemacht, 6 Vertreter dazuzuwählen. Berlin und Hamburg verzichten aber darauf. So werden nur noch Vertreter vorgenannter Berufe und des Vorstandes gewählt.

Nach der Mittagspause wird die Diskussion fortgesetzt. Fast alle Diskussionsredner üben scharfe Kritik. Und nicht nur an der Haltung des Verbandsvorstandes während und nach dem Kriege, sondern auch an der sogenannten jetzigen „sozialistischen" Regierung. Diese Regierung ist mit ihren Gardengenau so Beschützerin des Kapitals, wie die Regierung Wilhelms II., ja bald noch mehr. Frucke-Berlin stößt mit der Leitung zusammen, die ihm nicht gestattet, am Schluß seiner Redezeit noch eine kurze Erklärung zu geben. Darauf wird beantragt, die Diskussionsredner 2 Minuten vorher auf den Ablauf ihrer Redezeit aufmerksam zu machen. Alle Redner betonen am Schluß, daß nur das geeinte Proletariat den Kampf mit dem Unternehmertum aufnehmen kann und daß Stuttgart hierfür den Boden zu schaffen habe.

Schluß 6½ Uhr. Fortsetzung: Mittwoch, den 25. Juni.

Aus der Provinz.

Wahlkreis Torgau-Liebenwerda.

Der Beschluß des Kreistages, die Beiträge zu erhöhen, tritt am 1. Juli in Kraft. Alle örtlichen Parteileitungen werden ersucht, ihre Kassierer und Unterkassierer davon schnellstens zu unterrichten. Der Beitrag für männliche Mitglieder beträgt wöchentlich 15 Pf. und für weibliche 5 Pf. Bis zur Fertigstellung der neuen Beitragsmarken werden die Parteivereine angewiesen, bis auf weiteres die 10-Pfennigmarken für alle Mitglieder zu verwenden, und zwar so, daß der ordentliche Beitrag erreicht wird. (Männliche Mitglieder haben je Monat 6 und weibliche 2 Stück 10-Pfennigmarken zu entnehmen.) In allen Kassenangelegenheiten sowie Zusendung von Mitgliedsbüchern, Marken usw., wende man sich stets an den Kreiskassierer, Genossen Karl Wendt, Konsumverein. Alle geschäftlichen, agitatorischen und organisatorischen Angelegenheiten sind an den Vorsitzenden, Genossen Gustav Naumann, Querstraße 8, zu richten. Die Parteivereine werden ersucht, nun unverzüglich die örtlichen Vereine auszubauen und eine durchgreifende und straffe Organisation im Kreise Torgau tragen zu wollen. Die Ortschaften ohne sozialdemokratische Bewegung müssen von den nächsten Parteivereinen bearbeitet werden. Zunächst ist die mündliche Agitation zur Flüblungnahme zu beachten. Kleine Anfänge melde man sofort der Kreisleitung. Das Kassensystem ist gut durchzuführen. Aenderungen in der Leitung sind sofort der Kreisleitung zu berichten.

Der Kreisvorstand.

Die nimmersatten Agrarier.

Die Herren Agrarier, welche neben den Kriegsgewinnlern, Schiebern und Schleichhändler mit am besten „durchgehalten" haben, und denen es auch jetzt in den schweren Zeiten der Hungertrotzwalle besser denn je geht, versammelten sich kürzlich im Sitzungssaale der Landwirtschaftskammer. Alle bekannten und berüchtigten Berufsorganisationen waren vertreten. Der Zweck der Tagung war diesmal die Gründung des Landbundes für Sachsen und Anhalt und man erstredt einen „Deutschen Landbund", eine Arbeitsgemeinschaft aller landwirtschaftlichen Organisationen in ganz Deutschland. Man befürchtet, daß die Landwirtschaftskammern, die man bisher völlig beherrschte, doch nicht mehr so ganz zuverlässig sei und man sprach es auch ganz offen aus, daß die Landwirtschaftskammer sozusagen eine gesetzliche Einrichtung sei, der man bei den jetzigen Verhältnissen nicht mehr so recht trauen könne, es sei möglich, daß sie jetzt die Lebensnotwendigkeiten der Landwirtschaft — lies: den Profit der Großagrarier! — nicht mehr so sicher stelle, wie es nötig sei. Man will deshalb gleich vorbauen. Auch ein Programm wurde aufgestellt, daß also aussieht: Herstellung geordneter Verhältnisse; Sofortiger Abbau der Zwangswirtschaft; maßgebender Einfluß bei der Preisgestaltung der Erzeugnisse; Schutz des Eigentums vor willkürlichen Eingriffen und Plünderungen; Beseitigung aller nicht auf gesetzlicher Grundlage beruhenden Stellen, welche sich Eingriffe in die Verwaltung anmaßen; Beseitigung der Kriegsgesellschaften; Sicherung und Förderung der Erzeugung.

Man sieht, die Agrarier sind durchaus nicht schüchtern, und sie wissen, was sie wollen. Der guten, alten, konservativen Zeit weinte man einige Tränen nach und besonders interessant war die Klage einer schönen Seele, die heutigen Kreistage seien nicht mehr die Vertreter der Landwirtschaft. Allerdings, sie sind nicht mehr die Vertreter der Großagrarier allein, wie es früher war, und wir glauben es den Herren, daß sie am liebsten wieder die ganze Arbeiterschaft und das ganze Landproletariat ausschalten möchten, wenn's halt ginge. Früher hieß es ja, die Kreistage seien die idealsten Vertretungen aller Bevölkerungsschichten, heute meint man, weil die anderen Schichten ebensoviel Rechte haben wie die Agrarier. Aber gerade die jetzigen Kreistage werden den Herren schwer auf die Finger sehen, wenn sie etwa ihren Zusammenschluß dazu ausnützen wollen, noch schlimmere Attentate auf die Taschen der arbeitenden Bevölkerung zu unternehmen als bisher.

Schkeuditz. Elf Kisten Seife wurden am Mittwoch von der Polizei beschlagnahmt. Diese hatte in Erfahrung gebracht, daß ein hiesiger Geschirrführer eine Wagenladung Seife nach Leipzig verbringen wollte, die mit der Bahn hier eingegangen war. Der Transport sollte per Achse weiter erfolgen, als die Polizei eingriff und von dem wertvollen Gute Besitz ergriff.

Reitzch. Ein Zeichen der Zeit. Mehr Lohn für das Rübenverziehen verlangten 60 Jungen und Mädchen auf dem größten Gute am Orte. Bisher wurde für Kinder als üblicher Tagelohn 1,60 Mk. gezahlt, und auf weitergehende Forderungen wollte der Gutsbesitzer sich nicht einlassen. Als er aber zur Arbeitsstelle kam, fand er die Kinderschar untätig am Graben sitzen. Auf seine Frage: „Warum arbeitet ihr nicht?" erfolgte von einem strammen Dreizehnjährigen prompt die Antwort: „Wir streiken!" Nach längerer Verhandlung kam man zur Einigung, so daß 2 Mk. je Tag gezahlt werden. Mit Gesang ging es wieder zur Arbeit, der Besitzer aber verschwand mit nachdenklichen Kopfschütteln.

Eilenburg. Die zuverlässige Viehzählung. Bei der am 1. Juni vorgenommenen amtlichen Viehzählung erschienen verschiedene Angaben seitens der Besitzer unglaubwürdig, weshalb durch die Polizeibeamten sofort eine Nachzählung vorgenommen wurde. Diese ergab, daß innerhalb des Stadtgebietes 1 Pferd, 9 Kühe, 2 Kälber, 62 Schweine, 9 Schafe, 78 Ziegen, 62 Gänse, 56 Enten und 173 Hühner nicht angegeben waren. Soviele Tiere wurden in einer einzigen Stadt nicht angegeben. Man kann sich daraus ein Bild machen, wieviel auf dem Lande in ganz Deutschland unterschlagen wird, um nachher durch gewinnbringende Schwarzschlachtung in die trüben Kanäle des Schleichhandels geleitet zu werden.

Wolfen. Mitgliederversammlung der U. S. P. In der am Mittwoch stattgehabten Versammlung wurden mehrere Sachen erledigt. Die Vorstandswahl ergab als Vorsitzenden Genosse Steuer, als Schriftführer Gustav Kunert, als Kassierer Gustav Labrzyki, als Revisoren die Genossen Otto Schignar, Richard Dreißig und Otto Stephan. Im Bericht von den Gemeindevertretersitzungen erwähnte Genosse Steuer unter anderem, daß Wolfen die erste Gemeinde im Kreise sei, die die Gemeindesteuern für dieses Jahr nach dem Gesetz vom 6. Juni neu umgearbeitet hat, so daß die Einkommen bis zu 1500 Mk. gänzlich gemeindesteuerfrei bleiben. Die Einkommen von 1500 bis 3000 Mk. steigen von Stufe zu Stufe, von 10 Proz. bis 90 Proz. Von 3000 bis 6000 bleibt der Satz von 1918 (100 Proz.) bestehen. Da die Gemeinde für dieses Jahr 150 Prozent veranschlagt hatte, ergibt sich in den unteren Klassen ein erheblicher Steuerausfall. Um diesen zu decken, sind die Einkommen über 6000 Mk. staffelweise, bis zu 250 Proz. zu den Gemeindesteuern herangezogen worden; hieraus ist deutlich zu ersehen, wie erfolgreich unsere Genossen im Gemeinderate für die unteren Schichten tätig sind. Es wurden dann die demnächst stattfindenden Schöffen- und Schulvorstandswahlen besprochen und hierzu Stellung genommen. Demnächst soll eine öffentliche Versammlung stattfinden. Anwesend waren 41 Mitglieder.

Torgau. Aus der Partei. Die Mitgliederversammlung vom Mittwoch hatte sich zunächst mit dem in vorletzter Sitzung nicht zum Abschluß gekommenen Punkte wegen der Gründung eines Aktionsausschusses zu beschäftigen. Nachdem die Angelegenheit nunmehr zur Genüge geklärt ist, wurde beschlossen, der Gründung zuzustimmen und fünf Genossen hinein zu delegieren. Um rednerisch und agitatorisch befähigte Genossen für die Zukunft mehr als bisher zur Verfügung zu haben, war ein Antrag eingebracht, Diskutier- und Rednerkurse einzurichten. Daß beiden Wahlen der Kreis Torgau von auswärtigen Referenten fast gar nicht besucht war und die wenigen Genossen, welche zur Verfügung standen, nicht im Stande waren, die notwendige Aufklärung ins Land zu tragen, wurde anerkannt. Wir dürfen nach dieser Richtung hin nicht ruhen und rasten, der Sozialismus muß selbst in die schwarzsten Ecken des Kreises getragen werden. Der Antrag fand einstimmige Annahme. Genosse Becker erstattete Bericht von dem in Falkenberg stattgefundenen Kreistage, an welchem sich eine kurze Diskussion anschloß. Weiter wurde Stellung genommen zur möglichen Beseitigung des Arbeiterrates durch die Stadtverordneten, indem die finanziellen Mittel verweigert würden. Es wurde beschlossen und zwar auf Antrag der Stadtverordnetenfraktion, wenn die weitere Finanzierung des Arbeiterrates durch die Stadt abgelehnt wird, dem Beschluß der Stadtverordneten beider sozialdemokratischen Richtungen, nämlich die Mandate niederzulegen, zuzustimmen. Ferner nahm man Stellung zur Teilnahme der Arbeiterjugend an dem in Kürze stattfindenden Sportfest. Vollständige Einmütigkeit war vorhanden darüber, daß die Arbeiterjugend sich nicht beteiligt.

Wittenberg. Städtischer Wohnungsnachweis. Der Magistrat gibt die Eröffnung des Wohnungsnachweises bekannt. Alle leerstehenden vermietet gewesenen Räume sowie alle Kündigungen und Neuvermietungen müssen bis zum dritten Werktage seitens des Vermieters schriftlich oder mündlich gemeldet werden. Die Zeitungen dürfen diesbezügliche Anzeigen nur dann aufnehmen, wenn die vorgeschriebene Meldung erfolgt ist.

— Für die Badeanstalt Eulert hat der Magistrat Preise festgesetzt. Für eine Abonnementskarte sind danach 6 Mk., für ein Einzelbad 20 Pfg. zu zahlen. Badegäste, von denen höhere Preise gefordert sein sollten, sind berechtigt, den Preisunterschied von dem Besitzer zurückzufordern. So will's der Magistrat. Der Besitzer aber denkt anders und fordert von den Badegästen 8 Mk. bzw. 30 Pfg. Er will diese Preise aufrecht erhalten, bis die Verhandlungen erledigt sind. Eulert erhält von der Stadt einen Zuschuß von 1000 Mk., gegen den unsere Vertreter gelegentlich der Vertragsübertragung auf Eulert jun. schon einmal vergeblich Sturm liefen. Man darf neugierig sein, wie der Streit enden wird.

— Verkauf von Lebensmitteln. In der nächsten Woche gelangen folgende Lebensmittel zum Verkaufe: Von Dienstag, den 1. Juli ab auf Marke H. V. 20 und N. V. 17 ein halbes Pfund Brotaufstrich; vom Mittwoch, den 2. Juli ab auf Marke H. V. 21 und N. V. 18 ein halbes Pfund Kaffee-Ersatz; vom Donnerstag, den 3. Juli ab auf Marke H. V. 22 und N. V. 19 ein halbes Pfund Nudeln; vom Freitag, den 4. Juli ab auf Marke H. V. 23 und N. V. 20 einen Hering und am Sonnabend, den 5. Juli, auf die Speisefettmarke Nr. 4 Butter.

— Die Zulagekarten für Kranke werden nächste Woche, vormittags von 9 bis 12 Uhr, im Zimmer Nr. 10 des Kreishauses ausgegeben, und zwar wie folgt: Von A bis E am Montag, den 30. Juni, F. G. H. J und K am Dienstag, den 1. Juli, O und P Mittwoch, den 2. Juli, M bis R Donnerstag, den 3. Juli, S und T Freitag, den 4. Juli, U bis Z Sonnabend, den 5. Juli. An anderen Tagen werden Karten an Kranke, die bisher eine Zulage erhielten, nicht abgegeben; Stammkarte mitbringen.

Versammlungsberichte.

Metallarbeiter. Eine am 24. Juni im Volksparkgarten abgehaltene, stark besuchte Mitgliederversammlung, nahm den Bericht von den Verhandlungen mit dem Verband der Metallindustriellen entgegen. Der Berichterstatter, Kollege Hopf, legte in klaren Ausführungen den Gang der Verhandlungen und deren Ergebnis dar. Für Facharbeiter über 21 Jahre wurden die Mindestlöhne um 40 Pf., für Angelernte und Ungelernte über 20 Jahre um 50 Pf. pro Stunde erhöht. Die jüngeren Altersstufen und für Arbeiterinnen wurden geringere Sätze vereinbart. Die Zulagen verstehen sich auf die jetzt bestehenden Löhne und sollen bei den Akkordarbeitern auch diese Sätze in Uebereinstimmung mit den Arbeiterausschüssen zugrunde gelegt werden. Weiter verbreitete sich Redner über die Zugeständnisse wegen der Ferien. Ueber die Regelung des Montageverhältnisses sollen die inbetracht kommenden Kollegen am Mittwoch Stellung nehmen. Die Aussprache ergab, daß das Ergebnis ungenügend sei, jedoch mit Rücksicht auf die gegenwärtige politische Lage wurden die Zugeständnisse von allen Rednern zur Annahme empfohlen. Die Abstimmung ergab fast einstimmige Annahme. Ferner wurde unter lebhafter Zustimmung der Kollegen beschlossen, an den Genossen Ledebour ein Begrüßungstelegramm zu senden. Mit einem kräftigen Appell zu reger Gewerkschaftsarbeit, um dem Verband mehr wie bisher den Charakter einer Kampforganisation zu geben, schloß Kollege Köstler die imposante Versammlung.

Unter den vielen Mitteln, die bei Rheumatismus, Gicht (Podagra), schlechter und fehlerhafter Blutbeschaffenheit, Blutarmut, Bleichsucht, Nervosität angewendet werden, sind die natürlichen Heilwässer seit Jahrhunderten geschätzt. Auch besonders die neueren Forschungen der Wissenschaft haben das Ergebnis hervorgebracht, daß den natürlichen Mineralwässern unbedingt eine hervorragende Stelle einzuräumen ist. Diese Erkenntnis hat sich erklärlicherweise auch auf die breite Masse des Publikums übertragen, wo man sich heute darüber einig ist, daß durch den Genuß der von der Natur dargebotenen Quellen die besten Erfolge herbeigeführt werden. Unter den Mineralwässern ist besonders der Lauchstädter Brunnen zu empfehlen. Der Brunnen ist kein neues Präparat, dessen Wirkung noch nicht ausprobiert ist, vielmehr stützen sich die mit ihm erzielten Erfolge auf eine mehr als 200jährige Erfahrung. Der Lauchstädter Brunnen hat den Vorzug, daß er angenehm und erfrischend schmeckt und im eigenen Heim ohne Rücksicht auf Beruf oder Geschäft getrunken werden kann. Man braucht keine teure Badereise zu machen, wenn man zu Hause mit der Familie frühmorgens, mittags und abends einige Gläser Brunnen trinkt.

Lauchstädter Brunnen ist in allen einschlägigen Geschäften zu kaufen. Man hüte sich vor Nachahmungen und verlange nur den echten „Lauchstädter Brunnen".

Haupt-Niederlage in Halle: Helmbold & Comp., Drogen- und Mineralbrunnenhandlung, Leipziger Straße 104, Fernsprecher Nr. 6094. — Lieferungen erfolgen frei Haus. 6294

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190628-10/fragment/page=0009

Achtung Hausfrauen! Geld liegt in allen Winkeln.

Zahle für

Lumpen, Wolle, Knochen, Papier sowie Rosshaare und Felle höchste Tagespreise.

Hole auf Wunsch auch selber ab. 184

Leo Feltscher, Rohprodukten, Taubenstr. 3, Hof, hinten links.

Tel. 6176. Alles wird streng reell gewogen! Tel. 6176.

Papier-Fahrrad-Bereifung

*109 **Patentamtlich geschützt.**

In mehrjähriger Praxis tausendfach bewährt. — Leichter geräuschloser Gang, wie Vollgummi. — Keine Reparaturen. — Geringe Abnutzung. — Bei jeder Witterung gebrauchsfähig. — Keine rostenden Eisen- oder faulenden Holzteile. — Kein Anbohren der Felgen! — Auf jedes Rad passend!

Regen und Nässe ohne jeden Einfluss.

Carl Pitzschke, Halle a. d. S.,

Liebenauerstrasse 1, am Rannischen Platz.

1000e von Mark!

liegen noch verborgen. Deshalb heraus und bringt zum Verkauf.

Ich kaufe und zahle zu Markt- und Börsenpreisen:

Wirtschafts-Lumpen	Kilo 20-30 Pf.	Woll. Strumpfabfälle	Kilo 2 Mk.
Knochen	„ 14 „	Schafwolle	„ 4-6 „
Sackgarn	„ 14 „	Neutuchabfälle	„ 2 „
Papierabfälle	„ 8 „	Messing	Kilo 1.60 „
Bücher, Zeitungen	„ 16 „	Rotguß	„ 1.60 „
Schmiedeeisen	„ 5 „	Kupfer	„ 1.80 „
Maschinenguß	„ 10 „	Blei und Zink	„ 0.50 „
Ofenguß	„ 6 „		

Händler erhalten Extra-Preise. 2124

Wilhelmine Theuring,

Telephon 5659. **Am Domplatz 9.** Telephon 5659.

Auf Wunsch freie Abholung.

Jeder Leser, der mir 10 Kilo Waren, außer Papier, Eisen und Knochen, und Inserat mitbringt, erhält 1 Mark extra.

Möbel

hauptsächlich Schlafzimmer-Einrichtungen, bestehend aus: Schrank mit oder ohne Spiegel, Waschkommode mit Spiegel, Marmor oder Waschtisch, 2 Bettstellen, 2teilige Auszug- u. Patentmatratzen, liefern wir in jeder Preislage

auf Teilzahlung

auch Kochen in vielen Farben und Mustern.

Grosse Auswahl in einzelnen Möbeln.

Bequeme wöchentliche oder monatliche Ratenzahlungen, die möglichst nach Wunsch der Käufer festgesetzt werden.

Eichmann & Co.,

Halle a. S.

Grösst. Waren- u. Möbel-Kredithaus

Gr. Ulrichstrasse 51, Eingang Schulstrasse. 2129

Leben - Unfall - Haftpflicht

Wir suchen

tüchtige Reisebeamte und Bezirksvertreter.

Gewandte, möglichst in Leben, Unfall und Haftpflicht erfahrene Herren wollen sich melden. Nichtfachleute, die dauernd zum Versicherungsfach überzutreten gedenken, können nach Ableistung einer Probearbeit Berücksichtigung finden.

Direktionsvertrag — Bei guten Leistungen Vorwärtskommen gesichert.

Angebote mit ausführlichem Lebenslauf, Erfolgsbelegen, Empfehlungen und möglichst mit Lichtbild unter Zusicherung strengster Verschwiegenheit an die

Nürnberger Lebensversicherungs-Bank Nürnberg. *1184

Ortsvertreter überall gesucht!

Subdirektion für Provinz Sachsen und Anhalt: Halle (Saale), Grosse Steinstrasse 53 I.

Warnung vor übermäßiger Preissteigerung.

Bei der unterzeichneten Preisprüfungsstelle häufen sich in letzter Zeit, ganz besonders aber in diesen Tagen die Klagen darüber, daß von einzelnen Kleinhändlern für Gegenstände des täglichen Bedarfs, insbesondere für Frühgemüse und Frühobst Preise gefordert werden, die zu den Gestehungskosten in keinem Verhältnis stehen.

Die Preisprüfungsstelle weist alle in Frage kommenden Gewerbetreibenden nachdrücklichst darauf hin, daß die mit Ausweis versehenen Beauftragten der Preisprüfungsstelle berechtigt und angewiesen sind, sich alle für die Preisbildung wichtigen Angaben vom Verkäufer geben zu lassen und zu diesem Zwecke Verkaufsräume und Läger zu betreten und zu untersuchen.

Die Preisprüfungsstelle steht auf dem Standpunkt, daß ein ordentlicher Kaufmann keinen Grund haben kann, die Bezugsquellen und den Einkaufspreis für seine Waren den zur Nachprüfung Berechtigten gegenüber zu verschweigen und sie wird ganz abgesehen davon, daß die Verweigerung der Auskunft strafbar ist und auch bestraft werden wird, in jedem Falle der Auskunftsverweigerung ohne weiteres annehmen, daß dies eine Verschleierung zum Zwecke einer ungerechtfertigten Preisbildung darstellt und dementsprechend vorgehen.

Sie wird ferner in allen Fällen ungerechtfertigter Preissteigerung unnachsichtlich bei der Polizeiverwaltung die Beschlagnahme der übermäßig teuren Waren sowie nach Befinden die Untersagung des Gewerbebetriebes wegen Unzuverlässigkeit beantragen.

Andererseits möchte die Preisprüfungsstelle aber auch nicht verfehlen, die Verbraucher darauf hinzuweisen, daß sie sich durch gedankenloses Bezahlen übermäßig hoher Preise an einem Preiswucher mit schuldig machen und daß es keinen Zweck hat, seinen Aerger über übermäßig hohe Preise lediglich in allgemeinen Klagen Luft zu machen. Die Preisprüfungsstelle richtet vielmehr an die Verbraucher selbst das dringliche Ersuchen, ihr bei Bekämpfung übermäßiger Preissteigerungen dadurch behilflich zu sein, daß sie sich in allen Fällen, in denen sie eine Ueberteuerung vermuten, bei den Mitgliedern und Beauftragten der Preisprüfungsstelle, deren Namen im Anschluß hieran genannt sind, Rat und Hilfe oder Nachprüfung der einzelnen Preise erbitten.

Die Preisprüfungsstelle glaubt, daß ein verständnisvolles Zusammenarbeiten mit den Verbrauchern wohl am schnellsten zu einem Erfolg bei der Bekämpfung übermäßiger Preissteigerung führen kann.

Mitglieder und Beauftragte der Preisprüfungsstelle:

Bürgermeister Dr. Mosebach, Poststraße 6; Stadtrat Dietrich, Mühlberg 7/13; Stadtrat Barth, Bahnhofstr. 8; Fleischermeister A. Badelt, Unteraltenburg 29; Schlossermeister R. Frauenheim, Seffnerstraße 4; Mühlenbesitzer Heberer, Saalstraße 15; Arbeiter R. Kind, Hälterstraße 18; Geschäftsführer P. Langer, Lauchstedter Straße 18; Kaufmann P. Näther, Markt 9; Postsekretär F. Schenke, Hallesche Straße 11; Gastwirt A. Schmidt, Entenplan 8; Oekonom H. Stecher, Lindenstraße 2; Kaufmann Otto Teichman, Unteraltenburg 32; Bäckermeister F. Vogel, Roßmarkt 17; Frau Pastor Werther, Breitestraße 18; Regierungsrat Dr. jur. Knoblauch, Domprobstei 2; Frau Hey, Wagnerstraße 3; Moritz Schneider, Krautstraße 6; Bureauvorsteher Paul Recht, Friedrichstraße 30; Vermessungs-Assistent Mehler, Brauhausstraße 8; Nebel, Gen. Komm. Sekretär, Neumarktstraße 39; Ingenieur E. Spaeth, Globikauerstraße 3; Metalldreher A. Möbert, Nordstraße 12.

Merseburg, den 26. Juni 1919.

L. A. II. 1807/19. **Die Preisprüfungsstelle.**

Amtliche Bekanntmachungen.

Merseburg.

Städtische Volksküche.

Ausgabe der Wochenkarten am Dienstag, den 1. Juli 1919, von 11 Uhr vormittags ab in den neuen Räumen an der Weißen Mauer (früher Barackenlazarett).

Merseburg, den 26. Juni 1919.

II. 566/19. **Der Magistrat.**

Eröffnung der städtischen Volksküche

in den neu eingerichteten Räumen an der Weißen Mauer (früheres Barackenlazarett) am

Dienstag, den 1. Juli 1919.

Merseburg, den 27. Juni 1919.

II. 566/19. **Der Magistrat.**

Fleisch-Kleinhandelshöchstpreise.

Die Kleinhandelshöchstpreise für Fleisch und Fleischwaren werden für den Bezirk der Stadt Merseburg entsprechend der Bekanntmachung des Herrn Landrats, hier, vom 26. Juni 1919 — Tgb. 3016 K. W. — festgesetzt. Die Preisverzeichnisse sind entsprechend zu berichtigen.

Merseburg, den 27. Juni 1919.

L. A. I. 603/19. **Der Magistrat.**

Ausgabe von Kirschen

auf Abschnitt 100 der neuen Lebensmittelhefte Nr. 1201 bis 1600 von Sonnabend, dem 28. Juni 1919, vorm. 10 Uhr ab, in der Verkaufsstelle Hesse, Neumarkt. Auf den Kopf der Bevölkerung wird, soweit der Vorrat z. Zt. reicht, 1 Pfund Kirschen zum Preise von 75 Pf. verabfolgt. Der Verkauf wird je nach Eingang der Kirschen fortgesetzt.

Besondere Bekanntmachung folgt.

Merseburg, den 27. Juni 1919.

L. A. II. 1829/19. **Das städtische Lebensmittelamt.**

Die Stadtverordneten Fiedler, Bauer, Elze und Kohl haben zufolge ihrer Wahl zu unbesoldeten Stadträten ihre Aemter als Stadtverordnete niedergelegt.

An ihre Stelle treten gemäß § 20 und 21 der Wahlordnung in Verbindung mit § 8 der Verordnung über die anderweite Regelung des Gemeindewahlrechts vom 24. Januar 1919

a) der auf der Vorschlagsliste Daniel zunächst aufgeführte Maler Fritz Fiedler, hier,

b) der auf der Vorschlagsliste Krüger zunächst aufgeführte Schlosser Richard Spiegel, hier,

c) die auf der Vorschlagsliste Frauenheim zunächst aufgeführten

1. Magistratssekretär Wilhelm Grimm, hier
2. Gastwirt Albert Vollrath, hier

Merseburg, den 26. Juni 1919.

Der Wahlvorstand für die Stadtverordnetenwahlen in der Stadt Merseburg.

I. 2261/19.

Städtisches Fuhramt.

Nachdem die Gründe für die Errichtung des städtischen Fuhramts weggefallen sind, wird nach Anhörung der zuständigen Stellen das städtische Fuhramt mit dem 30. Juni 1919 aufgelöst.

Merseburg, den 25. Juni 1919.

Zu M. 435/19. **Der Magistrat.**

Tages-Ordnung

zur außerordentlichen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Montag, den 30. Juni 1919, abends 6 Uhr im alten Rathause.

1. Einführung der neu gewählten Stadträte,
2. Einführung der neuen Stadtverordneten.
3. Neuwahl des Stadtverordnetenvorstehers.

Merseburg, den 26. Juni 1919.

Der Stadtverordneten-Vorsteher.
J. V.: R. Frauenheim.

Bekanntmachung.

Die Auszahlung der Kriegs-Unterstützung erfolgt in nachstehender Reihenfolge:

Dienstag, den 1. Juli 1919:

Listen-Nummer 1—1500 von 8—9 Uhr vormittags,
„ „ 1501—2000 „ 9—10
„ „ 2001— z. Schluß von 10—11 Uhr vorm.

Merseburg, den 26. Juni 1919. **Die Zahlstelle.**

Familien-Nachrichten.

Die **Beerdigung** meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, findet am **Montag, den 30. Juni cr., nachmittags 6½ Uhr,** auf dem **Südfriedhofe** statt.

Halle a. S., Merseburgerstraße 54.

In tiefer Trauer

Frau Berta Schnabel, geb. Wilsdorf, nebst Kindern. 2123

Arbeiter-Gesangverein Frohsinn, Könnern.

Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes.

Dem grausamen Völkermorden fielen unsere werten Sangesbrüder

Louis Weise
Hermann Weise
Wilhelm Klemm
Otto Voigt
Franz Uilepp *1446

zum Opfer.

Ehre ihrem Andenken!

Der Vorstand.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Begräbnisse meiner lieben Frau, Mutter, Schwieger- und Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Minna Opel geb. Berhold

sagen wir Allen für den überreichen Blumenschmuck unseren innigsten Dank. Herzlichen Dank Herrn Pastor Wernicke für seine trostreichen Worte am Grabe, sowie Herrn Lehrer Jünsch nebst Schulkindern für den Gesang.

In tiefer Trauer

Wilhelm Opel und Kinder.

Neukirchen, den 27. Juni 1919. 2131

Lernen Sie tanzen

in 1911

Wollraths Lehr-Institut.

Links und rechts, alle Rund- und Gesellschaftstänze in kurzer Zeit.

Kein Garderobezwang. Saal ungeniert.

Jeden Dienstag u. Donnerstag abends im **Paradies,** Katswerder. Jeden Montag und Freitag abends im **Goldenen Adler, Ammendorf.**

Eintritt jederzeit. Privat-Unterricht.

G. Wollrath, Tanzlehrer.

Fuchs' Wunder

offene Füsse, Krampfaderleiden heilt sogar in verzweifelten Fällen m. oft Ueberraschend.

Erfolg die hautbildende schmerz- und juckreizstillende **„Vater Philipp-Salbe“,** Preis 2,00 und 3,75 M.; überall zu haben. Man hüte sich vor Nachahmungen und bestelle, wo nicht erhältlich, direkt bei *113

Tutogen-Laboratorium, Szittkehmen-Rominten 126.

Vertilgung von Ungeziefer

aller Art.

Spezialität: **Bergasung.**

Otto Petsch, Kammerjäger, Halle a. d. S.

Fritz Reuterstraße 5. Fernsprecher 3252. *1290

Sommersprossen u. Haut

vernichtet **Louisa** Marke

geruchlos

Flasche 2,75 Mark, zur Kur ausreichend, in Apotheken und Drogerien zu haben. Wo nicht erhältlich, fordere man an die Firma **NEOPHARM, Hannover, Nr. 46.** *220

Geschlechts-Kranke!

Rasche Hilfe — Doppelte Hilfe!

Harnröhrenleiden, frischer und veralteter Ausfluß, Heilung in kürzester Frist, Syphilis, ohne Berufsstörung, ohne Einspritzung und andere Gifte, Mannesschwäche, sofortige Hilfe. Ueber jedes der drei Leiden ist eine ausführliche Broschüre erschienen mit zahlreichen ärztlichen Gutachten und Hunderten freiwilligen Dankschreiben (Geheilter). Zusendung kostenlos gegen 25 Pfg. in Marken für Porto in verschlossenem Doppelbrief ohne Aufdruck durch Specialarzt Dr. med. Dammann, Berlin 408, Potsdamerstrasse 122 B. Sprechstunden: 8—10, 3—4 Uhr. Genaue Angabe des Leidens erforderlich, damit die richtige Broschüre gesandt werden kann. *118

Alle Parteischriften empfiehlt die Volksbuchhandlung.

Möbel

aller Art, wie

Bettstellen mit Matratzen, Kleiderschränke, Vertikos, Tische, Stühle, Polsterwaren, farbige kompl. Küchen, Schlaf-Zimmer

liefert billigst, auch auf bequeme Teilzahlung.

Carl Klingler,

Halle a. S.,

Unt. Leipzigerstr. 11,

630 **1. Etage,**

Eingang Sandberg.

Praktischer Wegweiser

empfehlenswr. Einkaufsquellen

Bitterfeld

R. Richter, Kaiserstr. 1
Uhren, Goldwaren, Optik, Reparaturwerkstatt.

L. Mibel Kolonialwaren
Insere Bismarckst. 46

Oswald Sucher, Kaiserstr. 3
Schlüssel, Seltzer Stahlwaren.

Delitzsch

E. Preller, Manufakturwaren.

M. Kieseler Kinderwag. Korbwaren

Merseburg

Th. Ehert Entenplan 12, Mechaniker, Optiker

Torgau

Kolonial- und Eisenwaren Farben und Sämereien kauft man sehr günstig bei

Herm. Leibnitz

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190628-10/fragment/page=0010